

N I E D E R S C H R I F T

Gremium: Landkreis Dachau
Kreistag

Sitzung am: Freitag, den 23.05.2014

Sitzungsort: Landratsamt Dachau
Sitzungsraum: Großer Sitzungssaal

Sitzungsbeginn: 08:38 Uhr

Sitzungsende: 11:09 Uhr

Status: Öffentliche Sitzung
Es folgte eine nichtöffentliche Sitzung.

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Übertragung personalrechtlicher Befugnisse auf den Landrat für die Amtszeit 2014 bis 2020
2. Geschäftsordnung des Kreistags des Landkreises Dachau
3. Bestellung der Mitglieder für die Ausschüsse des Kreistages und weiterer Gremien des Landkreises Dachau
 - 3.1. Kreisausschuss
 - 3.2. Schulausschuss
 - 3.3. Umweltausschuss
 - 3.4. Kulturausschuss
 - 3.5. Rechnungsprüfungsausschuss
 - 3.6. Jugendhilfeausschuss
 - 3.6.1. Jugendhilfeausschuss - Teil 2
 - 3.6.2. Jugendhilfeausschuss - Teil 3
 - 3.7. Zweckverband Kreis- und Stadtparkasse Dachau-Indersdorf
 - 3.8. Zweckverband Dachauer Galerien und Museen
 - 3.9. Aufsichtsrat Wohnungsbaugesellschaft Landkreis Dachau mbH
 - 3.10. Verwaltungsrat GfA
 - 3.11. Mitgliederversammlung Erholungsflächenverein
 - 3.12. Gäste der Vollversammlung Kreisjugendring
 - 3.13. Zweckverband Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung
 - 3.14. Stiftungsbeirat Jugendgästehaus

- 3.15. Fluglärmkommission
- 3.6.3. Jugendhilfeausschuss - Teil 4
- 4. Änderung und Neuerlass der Satzung zur Regelung der Entschädigung der Kreisrätinnen und Kreisräte sowie ehrenamtlich tätiger Kreisbürgerinnen und Kreisbürger (Entschädigungssatzung)
- 3.6.4. Jugendhilfeausschuss - Teil 5

Tagesordnungspunkt 1

Übertragung personalrechtlicher Befugnisse auf den Landrat für die Amtszeit 2014 bis 2020

Beschluss:

Dem Landrat werden die in Art. 38 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1 und 2 LKrO genannten personalrechtlichen Befugnisse für Beamtinnen und Beamte bis Besoldungsgruppe A 11 und für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bis Entgeltgruppe 10 bzw. S 16 TVöD übertragen, sowie für alle Beamtinnen, Beamte und Beschäftigte alle übrigen, nicht ohnehin zu den laufenden Angelegenheiten zählenden personalrechtlichen Befugnisse übertragen. Gesetzlich festgelegte personalrechtliche Zuständigkeiten des Landrats bleiben unberührt.

Abstimmungsergebnis:

anwesend:	55
Ja-Stimmen:	42
Nein-Stimmen:	13

Tagesordnungspunkt 2

Geschäftsordnung des Kreistags des Landkreises Dachau

Beschluss:

1. Der Kreistag beschließt die Geschäftsordnung des Kreistags des Landkreises Dachau (einschließlich Richtlinien gem. Art. 34 Abs. 1 LKrO) in der nachstehenden Fassung.
2. Die Geschäftsordnung tritt am 01. Juni 2014 in Kraft. Der Landrat wird ermächtigt, redaktionelle Änderungen vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

anwesend:	55
Ja-Stimmen:	55
Nein-Stimmen:	0

Beschluss:

3. Der Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen (Kreisrätin Marese Hoffmann) vom 22.04.2014 ist abschließend behandelt.

Abstimmungsergebnis:

anwesend:	55
Ja-Stimmen:	55
Nein-Stimmen:	0

G E S C H Ä F T S O R D N U N G

des Kreistags des Landkreises Dachau

(einschließlich Richtlinien gemäß Art. 34 Abs. 1 LKrO)

Inhaltsverzeichnis:

I. Teil: Allgemeines

- § 1 Umfang der Verwaltung des Landkreises
- § 2 Organe des Landkreises
- § 3 Kreistag
- § 4 Zuständigkeiten
- § 5 Beschlussfassung
- § 6 Allgemeine Pflichten der Kreisrätinnen und Kreisräte; Verlust des Amtes

II. Teil: Sitzungen

- § 7 Sitzungszwang, Teilnahme- und Abstimmungspflicht
- § 8 Ausschluss wegen persönlicher Beteiligung, beschränktes Vertretungsrecht
- § 9 Aufwandsentschädigung
- § 10 Zusammensetzung des Kreistags, Anzahl der Sitzungen
- § 11 Öffentliche Sitzungen
- § 12 Ausschluss der Öffentlichkeit
- § 13 Nichtöffentliche Sitzungen
- § 14 Form der Sitzung

III. Teil: Geschäftsgang

- § 15 Ladung
- § 16 Tagesordnung
- § 17 Antragstellung
- § 18 Beiziehung von Bediensteten des Landratsamtes
- § 19 Sitzungsablauf
- § 20 Vorsitz, Handhabung der Ordnung
- § 21 Beschlussfähigkeit
- § 22 Beratung
- § 23 Beschlüsse, Wahlen
- § 24 Abstimmung
- § 25 Anfragen
- § 26 Niederschrift
- § 27 Einsichtnahme durch Kreisrätinnen und Kreisräte, Abschriften
- § 28 Einsichtnahme durch Kreisbürgerinnen und Kreisbürger

IV. Teil: Kreistag

- § 29 Zuständigkeit des Kreistags, Fraktionen

V. Teil: Ausschüsse

- § 30 Vorarbeit für den Kreistag durch den Kreisausschuss
- § 31 Weitere Zuständigkeit des Kreisausschusses
- § 32 Einberufung des Kreisausschusses
- § 33 Bestellung des Kreisausschusses
- § 34 Jugendhilfeausschuss
- § 35 Rechnungsprüfungsausschuss
- § 36 Weitere beschließende oder beratende Ausschüsse
- § 37 Schulausschuss
- § 38 Umweltausschuss
- § 39 Kulturausschuss
- § 40 Geschäftsgang der Ausschüsse

VI. Teil: Landrat und Stellvertreter

- § 41 Zuständigkeit des Landrats
- § 42 Einzelne Aufgaben des Landrats
- § 43 Vollzug des Haushaltsplans; überplanmäßige und außerplanmäßige Ausgaben
- § 44 Dringliche Anordnungen und unaufschiebbare Geschäfte
- § 45 Delegation von Aufgaben und Befugnissen auf Personal des Landratsamtes
- § 46 Vollzug der Staatsaufgaben
- § 47 Stellvertreter des Landrats

VII. Teil: Landratsamt

- § 48 Landratsamt

VIII. Teil: Schlussbestimmungen

- § 49 In Kraft treten

G E S C H Ä F T S O R D N U N G

des Kreistags des Landkreises Dachau

(einschließlich Richtlinien gemäß Art. 34 Abs. 1 S. 2 LKrO)

- GeschO -

Der Kreistag des Landkreises Dachau erlässt auf Grund des Art. 40 der Landkreisordnung für den Freistaat Bayern (LKrO) folgende Geschäftsordnung:

I. Teil

Allgemeines

§ 1

Umfang der Verwaltung des Landkreises

- (1) Die Verwaltung des Landkreises erstreckt sich auf alle auf das Kreisgebiet (Art. 7 LKrO) beschränkten öffentlichen Aufgaben, die über die Zuständigkeit oder das Leistungsvermögen der kreisangehörigen Gemeinden hinausgehen, soweit es sich nicht um Staatsaufgaben handelt (Art. 4 LKrO).
- (2) Die Verwaltungstätigkeit im Landkreis muss mit dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, der Bayerischen Verfassung und den Gesetzen im Einklang stehen. Sie darf nur von sachlichen Gesichtspunkten geleitet sein (Art. 50 LKrO).

§ 2

Organe des Landkreises

- (1) Die Verwaltung des Landkreises (Art. 22 LKrO) erfolgt für alle Angelegenheiten des eigenen und des übertragenen Wirkungskreises durch
 1. den Kreistag (Art. 23 LKrO),
 2. den Kreisausschuss (Art. 26 LKrO),
 3. den Jugendhilfeausschuss (§ 70 Abs. 1 und § 71 SGB VIII, Art. 17 ff. AGSG),
 4. den Rechnungsprüfungsausschuss (Art. 89 Abs. 2 LKrO),
 5. weitere Ausschüsse (Art. 29 LKrO),
 6. den Landrat (Art. 34, 38 Abs. 2 LKrO).Das Landratsamt ist bezüglich der Verwaltung des Landkreises Kreisbehörde (Art. 37 Abs. 1 S. 1 LKrO).
- (2) Die Wahrnehmung der Aufgaben der unteren staatlichen Verwaltungsbehörde (Kreisverwaltungsbehörde, Art. 1 S. 2 LKrO) erfolgt durch das Landratsamt in seiner Eigenschaft als Staatsbehörde (Art. 37 Abs. 1 S. 2 LKrO). Diese Aufgaben sind der Behandlung durch den Kreistag und die Ausschüsse entzogen.

§ 3
Kreistag

Der Kreistag ist die durch Wahlen berufene Vertretung der Kreisbürgerinnen und Kreisbürger (Art. 23 LKrO). Er überwacht die gesamte Kreisverwaltung in allen Angelegenheiten des eigenen (Art. 5, 51 LKrO) und des übertragenen Wirkungsbereiches (Art. 6, 53 LKrO).

§ 4
Zuständigkeit

Die Zuständigkeit des Kreistags, der Ausschüsse und des Landrats richten sich nach den Gesetzen und den folgenden Bestimmungen dieser Geschäftsordnung.

§ 5
Beschlussfassung

- (1) Die Willensbildung des Kreistags und der Ausschüsse erfolgt durch Beratung und Beschlussfassung.
- (2) Jede Beschlussfassung setzt einen Antrag eines stimmberechtigten Mitglieds des Beschlussorgans voraus.

§ 6
Allgemeine Pflichten der Kreisrätinnen und Kreisräte;
Verlust des Amtes

- (1) Die Kreisrätinnen und Kreisräte sind ehrenamtlich tätig (Art. 13, 24 Abs. 2 S. 3 LKrO). Sie sind zur gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Obliegenheiten verpflichtet (Art. 14 Abs. 1 LKrO). Sie haben über die ihnen bei ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit bekannt gewordenen Angelegenheiten Verschwiegenheit zu bewahren, es sei denn, dass es sich um Mitteilungen im amtlichen Verkehr oder um Tatsachen handelt, die offenkundig sind oder ihrer Bedeutung nach keiner Geheimhaltung bedürfen (Art. 14 Abs. 2 Satz 1 LKrO). Sie dürfen die Kenntnis der nach Satz 3 geheim zu haltenden Angelegenheiten nicht unbefugt verwerten (Art. 14 Abs. 2 Satz 2 LKrO). Diese Verpflichtungen bestehen auch nach der Beendigung des Amtes als Kreisrätin bzw. Kreisrat fort (Art. 14 Abs. 2 Satz 4 LKrO).
- (2) Kreisrätinnen und Kreisräte dürfen ohne Genehmigung über geheim zu haltende Angelegenheiten weder vor Gericht noch außergerichtlich aussagen oder Erklärungen abgeben (Art. 14 Abs. 3 LKrO).
- (3) Schuldhaftes Zuwiderhandlungen gegen Verpflichtungen der Absätze 1 oder 2 können durch den Kreistag im Einzelfall mit Ordnungsgeld bis zu zweihundertfünfzig Euro, bei unbefugter Offenbarung personenbezogener Daten bis zu fünfhundert Euro, geahndet werden (Art. 14 Abs. 4 LKrO).
- (4) Auf die übrigen Bestimmungen des Art. 14 Absätze 2 bis 4 LKrO wird hingewiesen.

- (5) Die Kreisrätinnen und Kreisräte können außer der Teilnahme an den Beratungen und Abstimmungen Geschäfte nur übernehmen, soweit sie ihnen vom Kreistag oder einem Ausschuss ausdrücklich zur Bearbeitung oder Erledigung übertragen sind (Art. 42 Abs. 1 S. 1 LKrO).
- (6) Das Amt einer Kreisrätin bzw. eines Kreisrats endet mit dem Ablauf der Wahlzeit (Art. 23 des Gemeinde- und Landkreiswahlgesetzes – GLKrWG). Abgesehen davon verliert eine Kreisrätin bzw. ein Kreisrat sein Amt mit dem Zeitpunkt, in dem sie bzw. er die Wählbarkeit in den Kreistag verliert (Art. 48 Abs. 1 GLKrWG).

II. Teil Sitzungen

§ 7

Sitzungszwang, Teilnahme- und Abstimmungspflicht

- (1) Der Kreistag beschließt nur in Sitzungen (Art. 41 Abs. 1 LKrO).
- (2) Die Kreisrätinnen und Kreisräte sind verpflichtet, an den Sitzungen und Abstimmungen teilzunehmen und die ihnen zugewiesenen Geschäfte (auch als Verbandsrätinnen oder Verbandsräte in Zweckverbänden) zu übernehmen und auszuüben. Im Kreistag, im Kreisausschuss und in den weiteren Ausschüssen darf sich niemand der Stimme enthalten (vgl. auch Art. 42 LKrO).
- (3) Gegen Kreisrätinnen und Kreisräte, die sich ihren Verpflichtungen nach Absatz 2 ohne genügende Entschuldigung entziehen, kann der Kreistag Ordnungsgeld bis zu zwei-hundertfünfzig Euro im Einzelfall verhängen (Art. 42 Abs. 2 LKrO). Die Entscheidung, ob die Entschuldigung genügt, obliegt dem Kreistag.

§ 8

Ausschluss wegen persönlicher Beteiligung, beschränktes Vertretungsrecht

- (1) Mitglieder des Kreistags können an der Beratung und Abstimmung nicht teilnehmen, wenn der Beschluss ihnen selbst, ihren Ehegatten, ihren Lebenspartnern, einem Verwandten oder Verschwägerten bis zum dritten Grade oder einer von ihnen kraft Gesetzes oder Vollmacht vertretenen natürlichen oder juristischen Person einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil bringen kann. Gleiches gilt, wenn ein Mitglied des Kreistages in anderer als öffentlicher Eigenschaft (als Amtsperson) ein Gutachten abgegeben hat (Art. 43 Abs. 1 LKrO). Mitglieder des Kreistags, die nach den Umständen annehmen müssen, von der Beratung und Abstimmung wegen persönlicher Beteiligung ausgeschlossen zu sein, haben dies vor Beginn der Beratung dem Vorsitzenden unaufgefordert mitzuteilen.
- (2) Absatz 1 gilt nicht für Wahlen und für Beschlüsse, mit denen der Kreistag eine Person zum Mitglied eines Ausschusses bestellt oder sie zur Wahrnehmung von Interessen des Landkreises in eine andere Einrichtung entsendet, dafür vorschlägt oder daraus abberuft.

- (3) Ob die Voraussetzungen des Abs. 1 vorliegen, entscheidet der Kreistag ohne Mitwirkung des oder der persönlich Beteiligten (Art. 43 Abs. 3 LKrO); er trifft dabei eine Rechtsentscheidung. Die Mitwirkung einer oder eines wegen persönlicher Beteiligung ausgeschlossenen Kreisrätin oder Kreisrats an der Abstimmung hat die Ungültigkeit des Beschlusses nur dann zur Folge, wenn sie für das Abstimmungsergebnis entscheidend war (Art. 43 Abs. 4 LKrO).
- (4) Kreisrätinnen und Kreisräte dürfen Ansprüche Dritter gegen den Landkreis nur als gesetzliche Vertreterinnen oder Vertreter geltend machen (Art. 44 LKrO).

§ 9

Aufwandsentschädigung

- (1) Die Kreisrätinnen und Kreisräte und sonstigen ehrenamtlich tätigen Kreisbürgerinnen und Kreisbürger haben Anspruch auf angemessene Entschädigung und Ersatzleistungen (Art. 14a LKrO). Sie richten sich nach der Satzung zur Regelung der Entschädigung der Kreisrätinnen und Kreisräte sowie sonstiger ehrenamtlich tätiger Kreisbürgerinnen und Kreisbürger.
- (2) Soweit die Entschädigung und/oder die Ersatzleistung abhängig von einer Teilnahme an einer Sitzung ist, erfolgt der Nachweis hierüber durch Eintragung in die Anwesenheitsliste, durch Namensaufruf oder Feststellung in der Niederschrift.

§ 10

Zusammensetzung des Kreistags, Anzahl der Sitzungen

- (1) Der Kreistag des Landkreises Dachau besteht aus dem Landrat und den 60 Kreisrätinnen und Kreisräten (Art. 24 LKrO).
- (2) Zeitpunkt und Zahl der Kreistagssitzungen richten sich nach dem Bedarf. Es sollen mindestens vier Sitzungen im Jahr stattfinden.
- (3) In dringenden Fällen kann der Kreistag zu außerordentlichen Sitzungen einberufen werden. Er ist einzuberufen, wenn es der Kreisausschuss oder ein Drittel der Kreisrätinnen und Kreisräte unter Bezeichnung des Verhandlungsgegenstandes beantragt (Art. 25 Abs. 2 LKrO).

§ 11

Öffentliche Sitzungen

- (1) Die Sitzungen des Kreistags sind grundsätzlich öffentlich (Art. 46 LKrO).
- (2) Zu den öffentlichen Sitzungen hat jeder Zutritt, soweit Platz vorhanden ist. Erforderlichenfalls wird die Zulassung durch Ausgabe von Platzkarten geregelt. Für die Medien müssen stets Plätze freigehalten werden.
- (3) Zuhörerinnen und Zuhörer haben kein Recht, in irgendeiner Form in den Gang der Verhandlungen einzugreifen. Sie können, wenn sie die Ordnung stören,

durch den Vorsitzenden ausgeschlossen werden (Art. 47 Abs. 1 Satz 2 LKrO).

- (4) Aufnahmen in Ton oder Bild sind Medienvertreterinnen und -vertretern nach vorheriger Zustimmung des Vorsitzenden und des Kreistags nur erlaubt, soweit dadurch die Ordnung nicht gestört wird; Abs. 3 gilt sinngemäß. Der Vorsitzende kann die Aufnahmedauer zur Sicherstellung eines geordneten Sitzungsablaufs beschränken. Sitzungsteilnehmer können verlangen, dass während ihres Redebeitrags Aufnahmen unterbleiben.

§ 12

Ausschluss der Öffentlichkeit

- (1) Der Kreistag schließt die Öffentlichkeit von der Sitzung aus, wenn das Wohl der Allgemeinheit oder berechnigte Ansprüche Einzelner der öffentlichen Behandlung entgegenstehen (Art. 46 Abs. 2 LKrO).
- (2) Über den Ausschluss der Öffentlichkeit wird in nichtöffentlicher Sitzung beraten und beschlossen (Art. 46 Abs. 2 Satz 2 LKrO).
- (3) Die in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse geben der Landrat oder von ihm Beauftragte der Öffentlichkeit in einer späteren öffentlichen Kreistagssitzung oder in anderer geeigneter Weise bekannt, sobald die Gründe für die Geheimhaltung weggefallen sind.

§ 13

Nichtöffentliche Sitzungen

Grundsätzlich sind in nichtöffentlicher Sitzung zu behandeln (vgl. Art. 46 Abs. 2 Satz 3 LKrO):

1. Grundstücksangelegenheiten,
2. Vergabe von Bau- und sonstigen Aufträgen,
3. Personalangelegenheiten,
4. Sparkassenangelegenheiten,
5. Steuerangelegenheiten,

es sei denn, dass im Einzelfall Rücksichten auf das Wohl der Allgemeinheit oder auf berechnigte Ansprüche einzelner nicht entgegenstehen (Art. 46 Abs. 2 Satz 1 LKrO).

§ 14

Form der Sitzung

Die äußere Form der Sitzungen ist würdig zu gestalten. Die Kreisrätinnen und Kreisräte sind gehalten, diesem Grundsatz Rechnung zu tragen.

III. Teil Geschäftsgang

§ 15 Ladung

- (1) Die Einberufung der Kreistagssitzungen erfolgt durch den Landrat (Art. 25 LKrO).
- (2) Die Ladung erfolgt unter Beifügung der Tagesordnung grundsätzlich per Brief oder Fax. Eine fernmündliche Ladung ist wie vorstehend zu bestätigen.
- (3) Die Ladung hat den Kreisrätinnen und Kreisräten spätestens am 7. Tag vor der Sitzung zuzugehen. In dringenden Fällen kann diese Frist bis auf den 3. Tag vor der Sitzung abgekürzt werden. Bei Versendung durch einfachen Brief gilt die Ladung spätestens am 3. Tag nach der Aufgabe zur Post als zugegangen.
- (4) Weitere Unterlagen zur Tagesordnung sollen den Kreisrätinnen und Kreisräten rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden, wenn und soweit dies für die Vorbereitung der Beratungen notwendig ist und Gesichtspunkte der Vertraulichkeit nicht entgegenstehen. Die weiteren Unterlagen werden grundsätzlich elektronisch in einem technisch individuell gegen Zugriffe Dritter geschützten Bereich (Ratsinformationssystem) zur Verfügung gestellt. Auf Antrag werden die weiteren Unterlagen auch in Papierform zur Verfügung gestellt.
- (5) Ort, Zeitpunkt und Tagesordnung der Kreistagssitzungen sind spätestens am 5. Tag vor der Sitzung öffentlich bekannt zu machen (Art. 46 Abs. 1 LKrO).

§ 16 Tagesordnung

Die Tagesordnung der Kreistagssitzungen wird vom Landrat aufgestellt.

§ 17 Antragstellung

- (1) Anträge, die in einer Kreistagssitzung behandelt werden sollen, können nur von Mitgliedern des Kreistags gestellt werden. Sie sind schriftlich und nach Möglichkeit elektronisch über den Sitzungsdienst beim Landrat einzureichen sowie ausreichend zu begründen. Sie müssen, wenn sie in der nächsten Sitzung behandelt werden sollen, spätestens 14 Tage vor der Sitzung beim Landrat eingereicht werden.
- (2) Verspätet eingehende oder erst unmittelbar vor oder während der Sitzung gestellte Anträge können nachträglich in die Tagesordnung aufgenommen werden, wenn entweder die Angelegenheit dringlich ist und der Kreistag der Behandlung mehrheitlich zustimmt oder sämtliche Mitglieder des Kreistags anwesend sind und kein Mitglied der Behandlung widerspricht. Anträge nach Satz 1, die noch Ermittlungen und Prüfungen, Beiziehung von Akten oder die Befragung nicht anwesender Sachbearbeiterinnen und -bearbeiter oder

sonstiger Personen notwendig machen, werden bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

- (3) Nicht der Schriftform bedürfen
1. Anträge zur Geschäftsordnung wie z.B.
 - a) Schließung der Rednerliste
 - b) Schluss der Beratung und sofortige Abstimmung,
 - c) Vertagung eines Tagesordnungspunktes,
 - d) Nichtbehandlung eines Tagesordnungspunktes (Gegenstandes),
 - e) Verweisung in einen Ausschuss,
 - f) Unterbrechung oder Aufhebung der Sitzung,
 - g) Verweisung eines Tagesordnungspunktes auf eine nichtöffentliche Sitzung,
 - h) Einwendungen zur Geschäftsordnung,
 2. einfache Sachanträge wie z.B.
 - a) Bildung von Delegationen,
 - b) Änderungsanträge während der Debatte,
 - c) Zurückziehung von Anträgen,
 - d) Wiederaufnahme zurückgezogener Anträge.
- (4) Anträge, die im Haushaltsplan nicht vorgesehene Ausgaben verursachen, sollen nur gestellt werden, wenn gleichzeitig Deckungsvorschläge gemacht werden (Art. 60 Abs. 1 LKrO).
- (5) Anträge von Mitgliedern des Kreistags, für deren Behandlung ein Ausschuss zuständig ist, sind vom Landrat in den zur Behandlung zuständigen Ausschuss zu verweisen.

§ 18

Beziehung von Bediensteten des Landratsamtes

- (1) Der Landrat kann nach seinem Ermessen Bedienstete des Landratsamtes oder sonstige Auskunftspersonen zu den Sitzungen des Kreistags beiziehen oder hat sie auf Beschluss des Kreistags beizuziehen, die gehört werden können. Die Abteilungsleiter und -leiterinnen des Landratsamtes sollen für die einzelnen Beratungsgegenstände in der Regel beigezogen werden.
- (2) Der juristische Beamte oder die juristische Beamtin, der bzw. die den Landrat im Amt vertritt, soll grundsätzlich als juristischer Sachverständiger zu den Sitzungen zugezogen werden (Art. 37 Abs. 3 Sätze 1 und 2 LKrO).

§ 19

Sitzungsablauf

- (1) Der Ablauf der Kreistagssitzungen ist regelmäßig wie folgt:
 1. Eröffnung der Sitzung,
 2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, Feststellung der Anwesenheit und Bekanntgabe vorliegender Entschuldigungen,
 3. Feststellung der Beschlussfähigkeit des Kreistages (§ 21),

4. Bekanntgabe amtlicher Mitteilungen, erforderlichenfalls Beratung und Beschlussfassung hierüber,
 5. Beratung und Beschlussfassung über die Tagesordnungspunkte unter Zugrundelegung evtl. Ausschussbeschlüsse,
 6. Bekanntgabe über Anordnungen oder über die Besorgung unaufschiebbarer Geschäfte durch den Landrat an Stelle des Kreistages gem. Art. 34 Abs. 3 LKrO,
 7. Schließung der Sitzung durch den Vorsitzenden.
- (2) Anträge und Anfragen sind im Rahmen der Geschäftsordnung in der Reihenfolge ihres Einganges zu behandeln.

§ 20

Vorsitz, Handhabung der Ordnung

- (1) Den Vorsitz im Kreistag führt der Landrat (Art. 33 LKrO). Ist der Landrat verhindert oder persönlich beteiligt, so vertritt ihn sein gewählter Stellvertreter (Art. 32 LKrO). Ist auch der gewählte Stellvertreter verhindert, so vertritt den Landrat der weitere Stellvertreter (Art. 36 LKrO); bei dessen Verhinderung gilt § 47 Abs. 3 Buchst. a dieser Geschäftsordnung.
- (2) Der Vorsitzende leitet die Verhandlungen und handhabt die Ordnung im Sitzungsraum.
- (3) Der Vorsitzende ist berechtigt, Kreisrätinnen und Kreisräte mit Zustimmung des Kreistags von der Sitzung auszuschließen, wenn sie die Ordnung fortgesetzt erheblich stören (Art. 47 Abs. 1 Satz 3 LKrO; bezüglich sonstiger Zuhörerinnen und Zuhörer vgl. § 11 Abs. 3 Satz 2).
- (4) Wird durch eine oder einen bereits von einer früheren Sitzung ausgeschlossenen Kreisrätin oder Kreisrat die Ordnung innerhalb von zwei Monaten neuerdings erheblich gestört, so kann ihr bzw. ihm der Kreistag für zwei weitere Sitzungen die Teilnahme untersagen (Art. 47 Abs. 2 LKrO).
- (5) Falls die Ruhe und Ordnung im Sitzungssaal nicht anders wieder herzustellen ist, kann der Vorsitzende die Sitzung unterbrechen oder aufheben. Zum äußeren Zeichen der Unterbrechung oder Aufhebung verlässt der Vorsitzende den Sitzungsraum, nachdem er die Sitzung geschlossen oder die Dauer der Unterbrechung angekündigt hat. Eine unterbrochene Sitzung ist spätestens am nächsten Tag fortzuführen; einer neuerlichen Ladung hierzu bedarf es nicht. Die Beratung ist an dem Punkt, an dem die Sitzung unterbrochen wurde, fortzusetzen.
- (6) Während der Sitzungen ist das Telefonieren mit Mobiltelefonen nicht gestattet. Mitgeführte Mobiltelefone sind zumindest lautlos zu stellen.

§ 21

Beschlussfähigkeit

- (1) Der Kreistag ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen sind und die Mehrheit der Mitglieder anwesend und stimmberechtigt ist (Art. 41 Abs. 2 LKrO).

- (2) Wird der Kreistag wegen Beschlussunfähigkeit aufgrund fehlender Anwesenheitsmehrheit zum zweiten Mal zur Verhandlung über denselben Gegenstand zusammengerufen, so ist er ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlussfähig. Bei der zweiten Einladung muss auf diese Regelung des Art. 41 Abs. 3 Satz 1 LKrO hingewiesen werden.

§ 22 Beratung

- (1) Eine Kreisrätin oder ein Kreisrat, eine Bedienstete oder ein Bediensteter des Landratsamtes darf im Kreistag nur dann sprechen, wenn ihr oder ihm vom Vorsitzenden das Wort erteilt ist. Der Vorsitzende erteilt das Wort zuerst den Antragstellern, dann in der Reihenfolge der Wortmeldung, bei gleichzeitiger Wortmeldung nach seinem Ermessen. Bei Wortmeldung "zur Geschäftsordnung" ist das Wort außer der Reihe im Anschluss an einen laufenden Redebeitrag sofort zu erteilen. Der Vorsitzende kann in Ausübung seines Amtes jederzeit das Wort ergreifen.
- (2) Die Anrede ist nur an den Vorsitzenden und an die Kreisrätinnen und Kreisräte, nicht aber an die Zuhörerinnen und Zuhörer zu richten.
- (3) Jede Beratung setzt einen Tagesordnungspunkt oder einen Antrag aus der Mitte des Kreistags voraus.
- (4) Sachanträge sind stets, Anträge zur Geschäftsordnung bei Bedarf, zur Beratung zu stellen.
- (5) Es darf nur zu dem zur Beratung stehenden Antrag oder Tagesordnungspunkt und mit einer angemessenen Redezeit gesprochen werden. Andernfalls kann der Vorsitzende das Wort entziehen.
- (6) Während der Beratung über einen Antrag oder Tagesordnungspunkt sind nur zulässig
1. Geschäftsordnungsanträge,
 2. Zusatzanträge, Änderungsanträge oder Anträge auf Zurückziehung.
- (7) Über Änderungsanträge ist spätestens vor dem endgültigen Beschluss zu einem Beratungsgegenstand zu beraten und abzustimmen.
- (8) Über einen bereits zur Abstimmung gebrachten Antrag kann in derselben Sitzung die Beratung und die Abstimmung nicht mehr aufgenommen werden, wenn nicht alle Mitglieder, die an der Abstimmung teilgenommen haben, mit der Wiederholung einverstanden sind.
- (9) Über Anträge zur Geschäftsordnung ist sofort abzustimmen. Handelt es sich um Anträge auf Schließung der Rednerliste oder auf Schluss der Beratung und ist der Antrag von Erfolg, haben der Vorsitzende und der Antragsteller bzw. die Antragstellerin zur Sache das Recht zur Schlussäußerung.

- (10) Bei Verletzung der vorstehenden Grundregeln für die Beratung ist der Vorsitzende berechtigt, zur Ordnung zu rufen, auf den Verstoß aufmerksam zu machen und bei Nichtbeachtung solcher Warnungen das Wort zu entziehen.
- (11) Ist der Landrat der Auffassung, dass ein in die Tagesordnung aufgenommener Antrag rechtlich (z.B. wegen fehlender Zuständigkeit des Kreistags, vgl. § 4) unzulässig ist, so hat er bei Aufruf des Tagesordnungspunktes auf seine Bedenken hinzuweisen. Jedes Mitglied des Kreistags (einschließlich des Vorsitzenden) kann einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Nichtbehandlung gem. § 17 Abs. 3 Nr. 1 Buchst. d stellen. Dieser Antrag soll kurz begründet werden. Findet eine Beratung über den Geschäftsordnungsantrag statt, so muss sie sich auf die Zulässigkeit des Hauptantrags beschränken. Über einen Antrag auf Schluss der Beratung über den Geschäftsordnungsantrag ist sofort abzustimmen.

§ 23

Beschlüsse, Wahlen

- (1) Beschlüsse des Kreistages werden in offener Abstimmung mit Mehrheit der Abstimmenden gefasst. Bei Stimmengleichheit ist der Antrag abgelehnt (Art. 45 Abs. 1 LKrO).
- (2) Wahlen werden in geheimer Abstimmung nach Maßgabe des Art. 45 Abs. 3 LKrO vorgenommen. Sie sind nur dann gültig, wenn sämtliche Mitglieder unter Angabe des Gegenstandes geladen sind und die Mehrheit von ihnen anwesend und stimmberechtigt ist. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Neben Neinstimmen und leeren Stimmzetteln gelten auch solche Stimmzettel als ungültig, die den Namen des oder der Gewählten nicht eindeutig erkennen lassen. Ist mindestens die Hälfte der abgegebenen Stimmen ungültig, ist die Wahl zu wiederholen. Ist die Mehrheit der abgegebenen Stimmen gültig und erhält keiner der Bewerber oder Bewerberinnen mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen, so erfolgt Stichwahl zwischen den beiden Bewerbern bzw. Bewerberinnen mit den höchsten Stimmenzahlen. Bei Stimmengleichheit in der Stichwahl entscheidet das Los.
- (3) Ein Verzicht auf das Wahlgeheimnis ist unzulässig.

§ 24

Abstimmung

- (1) Stehen mehrere Anträge zur Abstimmung, so gilt folgende Reihenfolge:
 - 1. Anträge zur Geschäftsordnung (§ 17 Abs. 3 Nr. 1, § 22 Abs. 9)
 - 2. Beschlüsse des Kreisausschusses oder der weiteren Ausschüsse zu dem Beratungsgegenstand,
 - 3. weitergehende Anträge; dabei sind nur solche Anträge als weitergehend anzusehen, die einen größeren Aufwand oder eine stärker einschneidende Maßnahme zum Gegenstand haben,
 - 4. zuerst gestellte Anträge, wenn später gestellte nicht unter Nr. 1 bis 3 fallen.

- (2) Vor jeder Abstimmung ist der Antrag, über den abgestimmt werden soll, vom Vorsitzenden zu wiederholen. Bei schriftlich vorliegenden Anträgen oder Beschlussempfehlungen kann hierauf Bezug genommen werden.
- (3) Es wird grundsätzlich durch Handaufhebung abgestimmt.
- (4) Auf Verlangen von mindestens einem Viertel der anwesenden Kreisrätinnen und Kreisräte ist namentlich abzustimmen.
- (5) Jedes Mitglied des Kreistags kann verlangen, dass in der Niederschrift vermerkt wird, wie es abgestimmt hat (Art. 48 Abs. 1 Satz 3 LKrO).
- (6) Die Stimmzählung ist durch den Vorsitzenden vorzunehmen. Das Abstimmungsergebnis ist dem Kreistag bekannt zu geben und in der Niederschrift festzuhalten (Art. 48 LKrO).

§ 25 Anfragen

- (1) Jeder Kreisrat und jede Kreisrätin ist berechtigt, während einer Beratung Anfragen zur Sache an den Vorsitzenden und mit dessen Zustimmung an anwesende Bedienstete des Landratsamtes zu richten. Solche Anfragen werden nicht zur Beratung gestellt.
- (2) Der oder die Befragte kann mit Zustimmung des Vorsitzenden die sofortige Beantwortung einer Anfrage ablehnen, wenn der Gegenstand erst durch Aktenprüfung oder Nachforschungen geklärt werden muss. Die Antwort ist dann dem Anfragenden oder der Anfragenden schriftlich zuzuleiten und der Niederschrift beizufügen.

§ 26 Niederschriften

- (1) Über jede Kreistagssitzung ist eine Niederschrift zu fertigen. Für die Niederschrift ist der Vorsitzende verantwortlich. Er bestimmt den Protokollführer bzw. die Protokollführerin.
- (2) Die Niederschrift soll den zeitlichen Ablauf der Sitzung zusammenfassend wiedergeben (Art. 48 Abs. 1 Satz 2 LKrO).
- (3) Die Niederschrift muss ersehen lassen
 1. Tag, Ort und Beginn der Sitzung,
 2. Öffentlichkeit oder Nichtöffentlichkeit der Sitzung,
 3. Namen der anwesenden Kreisrätinnen und Kreisräte,
 4. Tagesordnung und behandelte Gegenstände,
 5. Wortlaut der Anträge und Beschlüsse,
 6. Abstimmungsergebnis,
 7. Zeit und Grund des etwaigen Ausschlusses eines Kreisrats, einer Kreisrätin,
 8. Zeitpunkt der Beendigung der Sitzung.

- (4) Die Niederschrift ist nach Fertigstellung durch den Protokollführer bzw. die Protokollführerin und den Vorsitzenden zu unterzeichnen. Die unterzeichnete Niederschrift ist eine öffentliche Urkunde.
- (5) Zur Erleichterung der Aufnahme der Niederschrift ist es der Protokollführung gestattet, für Aufzeichnungen einen Tonträger zu verwenden. Nach Fertigstellung und Unterzeichnung der Niederschrift sind die Tonaufnahmen zu löschen.
- (6) Die Anwesenheitsliste ist der Niederschrift beizufügen. Verlassen Mitglieder die Sitzung vorzeitig, teilen sie dies der Protokollführung mit.

§ 27

Einsichtnahme durch Kreisrätinnen und Kreisräte, Abschriften

- (1) Die Kreisrätinnen und Kreisräte sind berechtigt, jederzeit die Niederschriften über öffentliche und nichtöffentliche Sitzungen des Kreistages und der Ausschüsse einzusehen. Sie können beim Landrat die Erteilung von Abschriften der Beschlüsse verlangen, die in öffentlicher Sitzung gefasst wurden (Art. 48, 49 LKrO). Niederschriften über öffentliche Sitzungen sollen in ein internes, nur den Kreisrätinnen und Kreisräten zugängliches elektronisches Ratsinformationssystem eingestellt werden. Die Kreistagsmitglieder werden darüber mittels einer E-Mail informiert. In der Regel soll dies innerhalb von vier Wochen nach der jeweiligen Sitzung erfolgen. Das Recht aus Satz 2 wird hiervon nicht berührt.
- (2) Jedem Kreisrat und jeder Kreisrätin ist auf Antrag ein Abdruck der Niederschrift über öffentliche Kreistagssitzungen (Auszug mit den öffentlichen Tagesordnungspunkten) zu übersenden.

§ 28

Einsichtnahme durch Kreisbürgerinnen und Kreisbürger

Allen Kreisbürgerinnen und Kreisbürgern steht die Einsicht nur in die Niederschriften über die öffentlichen Kreistagssitzungen frei (Art. 48 Abs. 2 Satz 2 LKrO). Die in öffentlichen Sitzungen gefassten Beschlüsse können im Internet veröffentlicht werden. Die Rechte aus der Informationsfreiheitssatzung des Landkreises bleiben davon unberührt.

IV. Teil Kreistag

§ 29

Zuständigkeit des Kreistags, Fraktionen

- (1) Der Kreistag ist für die in Art. 30 Abs. 1 LKrO genannten Angelegenheiten ausschließlich zuständig.
- (2) Der Kreistag behält sich ferner vor, über folgende Angelegenheiten zu beschließen:

1. Verhängung von Ordnungsgeld gegen in Kreistagssitzungen säumige Kreisrätinnen und Kreisräte (Art. 42 Abs. 2 LKrO),
 2. Entscheidung über die persönliche Beteiligung von Kreisrätinnen und Kreisräten in Angelegenheiten, die vom Kreistag behandelt werden (Art. 43 Abs. 2 LKrO),
 3. Ausschluss von Kreisrätinnen und Kreisräten aus einer Kreistagssitzung wegen wiederholter Störung der Ordnung (Art. 47 Abs. 2 LKrO),
 4. Umwandlung und Aufhebung kreiskommunaler Stiftungen,
 5. Bewilligung über- und außerplanmäßiger Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen, die im Einzelfall einen Betrag von 100.000 Euro übersteigen, sowie sonstiger Maßnahmen, durch die im Haushaltsplan nicht vorgesehene Verbindlichkeiten des Landkreises entstehen können (Art. 60 und 61 LKrO),
 6. Inanspruchnahme von Mitteln der Deckungsreserve, zur Vermeidung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben des Verwaltungshaushalts, wenn dies im Einzelfall einen Betrag von 100.000 Euro überschreitet.
- (3) Die im Kreistag vertretenen Parteien und Wählergruppen können Fraktionen bilden, falls sie so stark sind, dass sie mit mindestens einem Sitz im Kreisausschuss vertreten sind, oder, wenn sie mit keinem Sitz im Kreisausschuss vertreten sind, ebenso viele Mitglieder haben, wie die kleinste im Kreisausschuss vertretene Partei oder Wählergruppe. Die Fraktionen und Wählergruppen benennen eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden und mindestens eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter.

V. Teil Ausschüsse

§ 30

Vorarbeit für den Kreistag durch den Kreisausschuss

- (1) Der Kreisausschuss bereitet die Verhandlungen des Kreistags vor (Art. 26 LKrO).
- (2) Die Vorbereitung erfolgt durch Vorberatung des Gegenstandes, die im Falle der Vorbehandlung durch einen weiteren Ausschuss abgekürzt erfolgen kann, und erforderlichenfalls durch einen Beschlussvorschlag.

§ 31

Weitere Zuständigkeit des Kreisausschusses

- (1) Der Kreisausschuss ist in eigener Verantwortung zuständig für alle Verwaltungsaufgaben, die nicht dem Kreistag, weiteren beschließenden Ausschüssen oder dem Landrat vorbehalten sind; damit sind auch die dem Kreistag zustehenden personalrechtlichen Befugnisse einschließlich der in Art. 38 Abs. 1 LKrO genannten und ohne die in Art. 30 Abs. 1 Nr. 12 LKrO genannten übertragen, soweit sie nicht dem Landrat durch besonderen Beschluss übertragen worden sind (vgl. §§ 41 Abs. 6, 42 Abs. 1 Nr. 3).
- (2) Der Kreisausschuss beschließt im Rahmen seiner Zuständigkeit endgültig (Art. 26 LKrO). Der Kreistag kann Beschlüsse des Kreisausschusses nur un-

ter den gleichen Voraussetzungen ändern oder aufheben, die für die Aufhebung seiner eigenen Beschlüsse gelten.

§ 32

Einberufung des Kreisausschusses

Der Kreisausschuss wird vom Landrat nach Bedarf einberufen. Er muss einberufen werden, wenn es die Hälfte der Mitglieder unter Angabe des Beratungsgegenstandes schriftlich beantragt (Art. 28 LKrO).

§ 33

Bestellung des Kreisausschusses

- (1) Dem Kreisausschuss gehören der Landrat und 12 Kreisrätinnen bzw. Kreisräte an (Art. 27 LKrO).
- (2) Die Mitglieder des Kreisausschusses werden vom Kreistag aufgrund der Vorschläge der Parteien und Wählergruppen nach dem Restverteilungsverfahren nach Hare-Niemeyer ermittelt. Haben dabei mehrere Parteien oder Wählergruppen gleichen Anspruch auf einen Sitz, entscheidet die größere Zahl der bei der Wahl auf die betreffenden Parteien oder Wählergruppen abgegebenen Stimmen. Einzelmitglieder und kleine Gruppen des Kreistags, die aufgrund des Stärkeverhältnisses im Kreisausschuss nicht vertreten wären, können sich zur Entsendung gemeinsamer Vertreter oder Vertreterinnen in den Kreisausschuss zusammenschließen (Ausschussgemeinschaften i.S. Art. 27 Abs. 2 Satz 5 LKrO). Ausschussgemeinschaften können einen Sprecher oder eine Sprecherin und mindestens einen Stellvertreter oder eine Stellvertreterin benennen.
- (3) Die Parteien, Wählergruppen oder Ausschussgemeinschaften, auf die Sitze entfallen sind, schlagen ihre Bewerberinnen und Bewerber vor, die sodann als Mitglieder des Kreisausschusses durch den Kreistag zu bestellen sind.
- (4) Für die Ausschussmitglieder werden für den Fall der Verhinderung Stellvertreter bzw. Stellvertreterinnen namentlich bestellt, in der von den Fraktionen vorgesehenen Reihung. Die Fraktionen und Ausschussgemeinschaften benennen dabei jeweils eine Stellvertreterin bzw. einen Stellvertreter mehr, wie ihnen Ausschusssitze zustehen. Im Falle der Verhinderung hat das Ausschussmitglied seinen Stellvertreter bzw. seine Stellvertreterin in der von der Fraktion bzw. Ausschussgemeinschaft vorgesehenen Reihung zu verständigen, die zugesandten Sitzungsunterlagen zu übergeben und den Sitzungsdienst zu informieren. Den stellvertretenden Ausschussmitgliedern wird von Amts wegen eine Benachrichtigung von der Sitzung zugeleitet.
- (5) Während der Wahlzeit im Kreistag eintretende Änderungen des Stärkeverhältnisses der Parteien und Wählergruppen sind auszugleichen. Scheidet ein Mitglied aus der von ihm vertretenen Partei oder Wählergruppe aus, so verliert es seinen Sitz im Kreisausschuss (Art. 27 Abs. 3 LKrO).

§ 34

Jugendhilfeausschuss

Der Kreistag bestellt gem. §§ 70 Abs. 1 und 71 SGB VIII (KJHG) und Art. 17 ff. AGSG den Jugendhilfeausschuss als ständigen beschließenden Ausschuss. Die Zusammensetzung des Jugendhilfeausschusses sowie seine Aufgaben und Rechte sind in der Satzung des Amtes für Jugend und Familie geregelt. Für aus den Reihen des Kreistags zu bestellende Mitglieder und deren Stellvertreter bzw. Stellvertreterinnen gilt § 33 Abs. 2 bis 5 entsprechend.

§ 35

Rechnungsprüfungsausschuss

Der Kreistag bildet aus seiner Mitte einen Rechnungsprüfungsausschuss mit 7 Mitgliedern und bestimmt ein Ausschussmitglied zum bzw. zur Vorsitzenden (Art. 89 Abs. 2 LKrO). Als Ausschussmitglied und als Ausschussvorsitzender kann auch der Landrat bestellt werden. Ferner bestimmt der Kreistag, welches Ausschussmitglied bei Verhinderung des Ausschussvorsitzenden bzw. der -vorsitzenden den Vorsitz führen soll. § 33 Abs. 2 bis 5 gilt entsprechend.

§ 36

Weitere beschließende oder beratende Ausschüsse

- (1) Der Kreistag kann im Bedarfsfall weitere beschließende oder vorberatende Ausschüsse bilden (Art. 29 LKrO).
- (2) Für die Einberufung und Bestellung der weiteren Ausschüsse gelten die §§ 32, 33 dieser Geschäftsordnung entsprechend.
- (3) Den weiteren Ausschüssen können nur Kreisrätinnen und. Kreisräte angehören. Andere Personen können als Berater oder Beraterin von Fall zu Fall zugezogen werden.

§ 37

Schulausschuss

- (1) Der Kreistag bestellt zur Vorberatung aller grundsätzlichen Angelegenheiten des Unterrichts- und Erziehungswesens einen Schulausschuss.
- (2) Er ist ein ständiger beschließender Ausschuss für den Sachaufwand und den Unterhalt der kreiseigenen Schulen.
- (3) Dem Schulausschuss gehören der Landrat und 12 Kreisrätinnen bzw. Kreisräte an.

§ 38

Umweltausschuss

- (1) Der Kreistag bestellt zur Vorberatung aller grundsätzlichen Angelegenheiten des Umweltschutzes, insbesondere der Abfallwirtschaft, des Naturschutzes und der Landschaftspflege, einen Umweltausschuss.

- (2) Dem Umweltausschuss gehören der Landrat und 12 Kreisrätinnen bzw. Kreisräte an.

§ 39
Kulturausschuss

- (1) Der Kreistag bestellt zur Vorberatung grundsätzlicher Angelegenheiten der Kulturpflege und der Kulturförderung, insbesondere für Angelegenheiten des Zweckverbandes „Dachauer Galerien und Museen“, soweit sie in die Zuständigkeit des Landkreises Dachau fallen, für die Ausrichtung von Kreiskulturtagen und für partnerschaftliche Aktivitäten des Landkreises mit anderen Kommunen und Organisationen einen Kulturausschuss.
- (2) Dem Kulturausschuss gehören der Landrat und 12 Kreisrätinnen bzw. Kreisräte an.

§ 40
Geschäftsgang der Ausschüsse

- (1) Für den Geschäftsgang des Kreisausschusses und der sonstigen Ausschüsse mit Ausnahme des Jugendhilfeausschusses gelten die Bestimmungen dieser Geschäftsordnung für den Kreistag, insbesondere die §§ 11 bis 28 entsprechend, soweit nicht besondere gesetzliche Bestimmungen hierfür bestehen. Der Rechnungsprüfungsausschuss tagt nicht öffentlich.
- (2) Kreisrätinnen und Kreisräte können auch in nichtöffentlichen Sitzungen von Ausschüssen, denen sie nicht angehören, als Zuhörerinnen bzw. Zuhörer anwesend sein.
- (3) Berät ein Ausschuss über den Antrag eines Kreistagsmitglieds, das diesem Ausschuss nicht angehört, so gibt der Ausschuss der Antragstellerin bzw. dem Antragsteller Gelegenheit, den Antrag mündlich zu begründen.

VI. Teil
Landrat und Stellvertreter

§ 41
Zuständigkeit des Landrats

- (1) Der Landrat vertritt den Landkreis nach außen (Art. 35 LKrO).
- (2) Der Landrat führt den Vorsitz im Kreistag, im Kreisausschuss und in den weiteren Ausschüssen (Art. 33 LKrO; vgl. auch § 20 dieser Geschäftsordnung). Soweit es ihm durch Gesetz gestattet ist (vgl. Art. 17 Abs. 3 AGSG), kann er den Vorsitz auf einen Vertreter oder eine Vertreterin übertragen. Für den Rechnungsprüfungsausschuss gilt § 35 S. 2. Der Landrat führt die Geschäfte des Landkreises gemäß den Gesetzen und Beschlüssen der Kreisorgane.
- (3) Der Landrat bereitet die Sitzungsgegenstände vor; er vollzieht die Beschlüsse und beanstandet solche Entscheidungen, die er für rechtswidrig hält, setzt

ihren Vollzug aus und führt, soweit erforderlich, die Entscheidung der Rechtsaufsichtsbehörde herbei (Art. 54 LKrO); von einer solchen Aussetzung hat er den Kreistag, bzw. den beschließenden Ausschuss unverzüglich zu verständigen.

- (4) Der Landrat ist zuständig zur Regelung der innerdienstlichen Angelegenheiten des Landratsamtes (z.B. Dienstanweisungen und Hausordnungen, Geschäftsverteilungspläne, Zeichnungsbefugnis, Personal- und Materialeinsatz, Arbeitszeitregelung im Rahmen der geltenden Arbeitszeitordnungen, Zahlungsanordnung und deren Übertragung).
- (5) Der Landrat ist ferner zuständig für Angelegenheiten der §§ 42 bis 44 dieser Geschäftsordnung.
- (6) Darüber hinaus kann der Kreistag durch Änderung bzw. Ergänzung dieser Geschäftsordnung weitere Verwaltungsaufgaben dem Landrat zur selbständigen Erledigung übertragen, soweit es sich nicht um Angelegenheiten im Sinne von Art. 34 Abs. 2 Satz 2 i.V.m. Art. 30 Abs. 1 LKrO handelt. Für die Übertragung der personalrechtlichen Befugnisse nach Art. 38 Abs. 1 Satz 3 LKrO ist ein Beschluss des Kreistags nötig, der der Mehrheit der stimmberechtigten Kreistagsmitglieder bedarf.
- (7) Dem Landrat werden die in Art. 38 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1 und 2 LKrO genannten personalrechtlichen Befugnisse für Beamtinnen und Beamte bis Besoldungsgruppe A 11 und für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bis Entgeltgruppe 10 bzw. S 16 TVöD übertragen, sowie für alle Beamtinnen, Beamte und Beschäftigte alle übrigen, nicht ohnehin zu den laufenden Angelegenheiten zählenden personalrechtlichen Befugnisse übertragen. Die Befugnisse nach Satz 1 umfassen auch, Beamtinnen und Beamte auf Widerruf zu ernennen und Auszubildende einzustellen. Gesetzlich festgelegte personalrechtliche Zuständigkeiten des Landrats bleiben unberührt.

§ 42

Einzelne Aufgaben des Landrats

- (1) Der Landrat erledigt in eigener Zuständigkeit
 1. die laufenden Angelegenheiten, die für den Landkreis keine grundsätzliche Bedeutung haben und keine erheblichen Verpflichtungen erwarten lassen (Art. 34 Abs. 1 S.1 Nr. 1 LKrO),
 2. die Angelegenheiten des Landkreises, die im Interesse der Sicherheit der Bundesrepublik oder eines ihrer Länder geheim zu halten sind (Art. 34 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 LKrO),
 3. weitere Angelegenheiten, die ihm durch Beschluss des Kreistages übertragen sind (Art. 34 Abs. 2 und Art. 38 Abs. Abs. 1 Satz 3 LKrO).
- (2) Zu den laufenden Angelegenheiten i.S. des Abs. 1 Nr. 1 gehören insbesondere:
 1. der Vollzug der Satzungen und Verordnungen des Landkreises,
 2. der Abschluss von bürgerlich-rechtlichen und öffentlich-rechtlichen Verträgen (z.B. Kauf-, Miet-, Pacht-, Werk-, Werklieferungsverträge; Straßen-

baukosten-, Anschlussgebühren-, Benutzungsverträge) und die Vornahme sonstiger bürgerlich-rechtlicher und öffentlich-rechtlicher Rechtshandlungen (z.B. Stundung, Niederschlagung, Erlass, Gewährung von Teilzahlungen, grundbuchrechtliche Erklärungen, Kündigungen, Mahnungen, Rücktritte, außergerichtliche Vergleiche) bis zu einer Wertgrenze des Rechtsverhältnisses von 100.000 Euro einmaliger oder laufender jährlicher Belastung, außerdem die Abgabe von Prozessurteilen einschließlich Klageerhebung, Einlegung von Rechtsmitteln und Abschluss von Vergleichen, wenn der Rechtsstreit für den Landkreis keine grundsätzliche Bedeutung hat und der Streitwert voraussichtlich 375.000 Euro nicht übersteigt,

3. der Abschluss von nachträglichen Vertragsergänzungen und Vertragsänderungen zu Bauaufträgen und Liefer- und Dienstleistungsaufträgen bis zu einer Wertgrenze von 50.000 Euro, höchstens aber 10 Prozent des Wertes des zugrunde liegenden Bauauftrages bzw. Liefer- oder Dienstleistungsauftrages,
 4. Geldanlagen, Anlage von Rücklagemitteln und Umschuldungen, wenn günstigere Konditionen erreicht und die Gesamtkosten der Kreditaufnahme sich dadurch voraussichtlich verringern werden,
 5. die Gewährung von freiwilligen Zuweisungen und Zuschüssen im Rahmen des Haushaltsplanes, soweit sie im Einzelfall den Betrag von 5.000 Euro nicht übersteigen,
 6. die Genehmigung zur Verwendung des Landkreiswappens,
 7. die Entscheidung über das Erwerben und Annehmen von Zuwendungen im Sinne der „Handlungsempfehlungen für den Umgang mit Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen für kommunale/gemeinnützige Zwecke“ des Bayer. Staatsministeriums des Innern bis zu einem Wert von 5.000 € im Einzelfall und die Vereinbarung von Sponsoring bis zu einem Wert von 30.000 € im Einzelfall.
- (3) Soweit Aufgaben nach Abs. 2 nicht unter Art. 34 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 LKrO fallen, werden sie hiermit dem Landrat gemäß Art. 34 Abs. 2 LKrO zur selbständigen Erledigung übertragen.

§ 43

Vollzug des Haushaltsplans; überplanmäßige und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen

- (1) Der Landrat vollzieht den Haushaltsplan nach Maßgabe der Beschlüsse des Kreistags, des Kreisausschusses oder der weiteren Ausschüsse sowie seiner eigenen Zuständigkeit, insbesondere nach §§ 41, 42 und 44 dieser Geschäftsordnung.
- (2) Der Landrat ist berechtigt, Kassenkredite im Rahmen des durch die Haushaltssatzung (Art. 67 LKrO) festgelegten Höchstbetrages aufzunehmen.
- (3) Überplanmäßige und außerplanmäßige Ausgaben sind nur zulässig, wenn sie unabweisbar sind und die Deckung gewährleistet ist (vgl. Art. 60 Abs. 1 LKrO). Der Landrat ist berechtigt, solche Ausgaben bis zur Höhe von 30.000 Euro zu tätigen, wenn dafür Mittel aus anderweitigen Einsparungen bzw. Mehreinnahmen zur Verfügung stehen.

Für Umschuldungen nach § 42 Abs. 2 Nr. 4 ist der Landrat berechtigt, bis zur Höhe des Umschuldungsbetrages über- und außerplanmäßige Ausgaben zu bewilligen.

- (4) Zur Vermeidung über- und außerplanmäßiger Ausgaben des Verwaltungshaushalts ist der Landrat berechtigt, Mittel der Deckungsreserve bis zur Höhe von 30.000 Euro im Einzelfall in Anspruch zu nehmen.
- (5) Der Landrat ist berechtigt, überplanmäßige und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen bis zur Höhe von 30.000 Euro einzugehen, wenn ein dringendes Bedürfnis besteht und der in der Haushaltssatzung festgesetzte Gesamtbetrag nicht überschritten wird (Art. 61 Abs. 5 LKrO).
- (6) Für Feierlichkeiten aus offiziellem Anlass dürfen Mittel nur aufgewandt werden, wenn entsprechende Haushaltsmittel bereitgestellt und vorab im Rahmen der Haushaltsberatungen öffentlich behandelt wurden. Feierlichkeiten im vorstehenden Sinn sind solche, zu denen der Landkreis einlädt. Geburtstagsfeiern für den Landrat und weitere Mitglieder des Kreistags werden nicht ausgerichtet; Geschenke im gemeinhin üblichen Rahmen sind zulässig.

Feierlichkeiten für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Veranstaltungen für die Betriebsgemeinschaft fallen nicht unter diese Regelung.

§ 44

Dringliche Anordnungen und unaufschiebbare Geschäfte

- (1) Der Landrat ist befugt, an Stelle des Kreistags, des Kreisausschusses und der weiteren Ausschüsse dringliche Anordnungen zu treffen und unaufschiebbare Geschäfte zu besorgen (Art. 34 Abs. 3 LKrO). Dringliche Anordnungen sind solche, die innerhalb eines Zeitraumes erlassen werden müssen, in dem eine Kreistags-, Kreisausschuss- oder sonstige Ausschusssitzung nicht stattfinden kann. Unaufschiebbare Geschäfte sind solche, deren Aufschub bis zur Erledigung durch den Kreistag, Kreisausschuss oder sonstigen zuständigen Ausschuss einen erheblichen Nachteil für die Angelegenheit, den Landkreis oder einen einzelnen zur Folge hätten.
- (2) Der Landrat hat dem Kreistag oder dem sonstigen zuständigen Ausschuss in der nächsten Sitzung von Anordnungen und der Besorgung von Geschäften gemäß Abs. 1 Kenntnis zu geben (Art. 34 Abs. 3 Satz 2 LKrO).

§ 45

Delegation von Aufgaben und Befugnissen auf Personal des Landratsamtes

- (1) Dem Landrat stehen für seine Geschäfte die dem Landratsamt zugewiesenen Staatsbediensteten und die Kreisbediensteten zur Seite. Der Landrat weist ihnen ihre Aufgaben zu.
Er kann seine Befugnisse in Angelegenheiten der laufenden Verwaltung teilweise den Staatsbediensteten oder den Kreisbediensteten übertragen und hierbei entsprechende Zeichnungsvollmacht erteilen; eine darüber hinausgehende Übertragung bedarf der Zustimmung des Kreistags (Art. 37 Abs. 4 LKrO). Der Landrat kann Staatsbediensteten Kreisangelegenheiten und

Kreisbediensteten Staatsangelegenheiten übertragen, soweit nicht gesetzliche Vorschriften entgegenstehen. Er kann ihnen dabei in Angelegenheiten der laufenden Verwaltung auch das Zeichnungsrecht übertragen (Art. 37 Abs. 4 LKrO). Eine Übereinstimmung zwischen Geschäftsverteilung und Regelung des Zeichnungsrechts ist anzustreben.

- (2) Der Landrat führt die Dienstaufsicht über die Staats- und die Kreisbediensteten; er übt ferner die Befugnisse des Dienstvorgesetzten gegenüber den Kreisbeamten und -beamtinnen aus (Art. 37 Abs. 3, 38 Abs. 3 LKrO).

§ 46

Vollzug der Staatsaufgaben

Im Vollzug der Staatsaufgaben (§ 2 Abs. 2) wird der Landrat als Organ des Staates tätig und untersteht lediglich den Weisungen seiner vorgesetzten Dienststellen (Art. 37 Abs. 6 LKrO).

§ 47

Stellvertreter des Landrats

- (1) Der gewählte Stellvertreter bzw. die gewählte Stellvertreterin des Landrats hat den Landrat für den Fall seiner Verhinderung in allen seinen Obliegenheiten (Staats- und Kreisaufgaben) zu vertreten. Bei kurzdauernder Abwesenheit des Landrats bedarf es der Stellvertretung nicht, solange und soweit die laufende Verwaltung des Landratsamtes durch die Zeichnungsvollmacht nach Art. 37 Abs. 4 LKrO gewährleistet ist.
- (2) Der Landrat soll die Stellvertreter im Hinblick auf den Vertretungsfall laufend über die grundsätzlichen Angelegenheiten des Landratsamtes informieren.
- (3) Ist auch der gewählte Stellvertreter bzw. die gewählte Stellvertreterin verhindert, so vertreten den Landrat in Obliegenheiten des Landkreises die aus der Mitte des Kreistags bestellten weiteren Stellvertreter bzw. Stellvertreterinnen entsprechend der Inanspruchnahme durch den Landrat; ansonsten vertritt zuerst, wer bei der Bestellung durch den Kreistag die meisten Stimmen auf sich vereinigen konnte, bei Stimmgleichheit in der Reihenfolge ihres Lebensalters, beginnend mit dem bzw. der älteren; bei deren Verhinderung
 - a) im Kreistag und in den Ausschüssen das älteste anwesende Kreistagsmitglied,
 - b) im Übrigen der juristische Staatsbeamte oder die juristische Staatsbeamtin des Landratsamtes, den bzw. die der Landrat bestimmt, bei dessen bzw. deren Verhinderung der bzw. die dienstälteste juristische Staatsbeamte bzw. -beamtin.

In Obliegenheiten der unteren staatlichen Verwaltungsbehörde (§ 2 Abs. 2) erfolgt die Vertretung des Landrats bei Verhinderung des gewählten Stellvertreters bzw. der gewählten Stellvertreterin entsprechend Buchstabe b).

Zum weiteren Stellvertreter bzw. zur weiteren Stellvertreterin können nur Deutsche im Sinn des Art. 116 Abs. 1 des Grundgesetzes bestellt werden (Art. 36 Halbsatz 2 LKrO).

- (4) Der Landrat hat seine Stellvertreter schriftlich besonders zu verpflichten, alle Angelegenheiten geheim zu halten, die im Interesse der Sicherheit oder anderer wichtiger Belange der Bundesrepublik oder eines ihrer Länder Unbefugten nicht bekannt werden dürfen. In gleicher Weise hat der Landrat Bedienstete zu verpflichten, bevor sie mit solchen Angelegenheiten befasst werden.

VII. Teil Landratsamt

§ 48 Landratsamt

- (1) Das Landratsamt ist Verwaltungsbehörde des Landkreises (vgl. § 2 Abs. 1 S. 2) und untere staatliche Verwaltungsbehörde (vgl. § 2 Abs. 2). Das Personal des Landratsamts erhält Anweisungen ausschließlich vom Landrat und nach Maßgabe der Geschäftsverteilung von anderen Vorgesetzten.
- (2) Die Geschäftsverteilung richtet sich nach dem vom Landrat zu erlassenden Geschäftsverteilungsplan (Art. 40 Abs. 3 LKrO).
- (3) Das Landratsamt ist verpflichtet, in Kreisangelegenheiten jedem Kreisrat und jeder Kreisrätin Auskunft zu erteilen, der bzw. die um eine solche Auskunft beim Landrat nachsucht (Art. 23 Abs. 2 Satz 2 LKrO). Hierbei kann der Landrat auch im Einzelfall die Akteneinsicht gestatten.

VIII. Teil Schlussbestimmungen

§ 49 Inkrafttreten

Diese Geschäftsordnung tritt am 01.06.2014. in Kraft.

Ausgefertigt am 23.05.2014
Landratsamt Dachau

Stefan Löwl
Landrat

Tagesordnungspunkt 3

Bestellung der Mitglieder für die Ausschüsse des Kreistages und weiterer Gremien des Landkreises Dachau

Tagesordnungspunkt 3.1

Kreisausschuss

Beschluss:

Auf Vorschlag der Kreistagsfraktionen von CSU, SPD, FW, Bündnis 90/Die Grünen, ÖDP und FW Dachau werden folgende Mitglieder und Stellvertreter/innen des Kreisausschusses bestellt:

	Mitglieder	Stellvertreter/innen
CSU:	Offenbeck Wolfgang	1. Schiller Florian
	Böswirth Rosmarie	2. Riedlberger Maria
	Kolbe Stefan	3. Felbermeier Peter
	Landmann Simon	4. Obesser Franz
	Rehm Eva	5. Seidenath Bernhard
		6. Kornprobst Johann
SPD:	Dirlenbach Harald	1. Böck Hubert
	Hartmann Florian	2. Klaffki Marianne
		3. Neumeier Sylvia
FW:	Reindl Michael	1. Eichinger Franz
	Baumgartner Josef	2. Osterauer Georg
		3. Purkhardt Martina
Grüne:	Hoffmann Marese	1. Dr. Zauscher Roderich
		2. Gasteiger Ludwig
ÖDP:	Weigl Georg	1. Hofner Mechthild
		2. Kappes Elisabeth
FW Dachau:	Leiß Sebastian	1. Dr. Forster Edgar
		2. Gasteiger Robert

Abstimmungsergebnis:

anwesend: 55
 Ja-Stimmen: 55
 Nein-Stimmen: 0

Tagesordnungspunkt 3.2

Schulausschuss

Beschluss:

Auf Vorschlag der Kreistagsfraktionen von CSU, SPD, FW, Bündnis 90/Die Grünen, ÖDP und FW Dachau werden folgende Mitglieder und Stellvertreter/innen des Schulausschusses bestellt:

	Mitglieder	Stellvertreter/innen
CSU:	Seidenath Bernhard	1. Mundl Harald
	Burgmaier Stephanie	2. Kerle Anton
	Westermeier Emmi	3. Riedlberger Maria
	Obesser Franz	4. Schiller Florian
	Hainzinger Gerhard	5. Kaspar Josef
		6. Fuchs Günter
SPD:	Güll Martin	1. Böck Hubert
	Klaffki Marianne	2. Neumeier Sylvia
		3. Güll Anja
FW:	Steiner Michaela	1. Güntner Hubert
	Purkhardt Martina	2. Groß Johann
		3. Osterauer Georg
Grüne:	Gasteiger Ludwig	1. Hoffmann Marese
		2. Kohn Ursula
ÖDP:	Hofner Mechthild	1. Böller Paul
		2. Kappes Elisabeth
FW Dachau:	Seidl Jürgen	1. Leiß Sebastian
		2. Gasteiger Robert

Abstimmungsergebnis:

anwesend: 54
 Ja-Stimmen: 54
 Nein-Stimmen: 0
 (bei kurzzeitiger Abwesenheit von einer Kreisrätin)

Tagesordnungspunkt 3.3

Umweltausschuss

Beschluss:

Auf Vorschlag der Kreistagsfraktionen von CSU, SPD, FW, Bündnis 90/Die Grünen, ÖDP und FW Dachau werden folgende Mitglieder und Stellvertreter/innen des Umweltausschusses bestellt:

	Mitglieder	Stellvertreter/innen
CSU:	Lachner Johann	1. Kreitmair Anton
	Mösl Johann	2. Westermeier Emmi
	Mundl Harald	3. Kornprobst Johann
	Felbermeier Peter	4. Riedlberger Maria
	Riedlberger Josef	5. Böller Karl
		6. Kolbe Stefan
SPD:	Meikis Günter	1. Güll Anja
	Hartmann Florian	2. Böck Hubert
		3. Klaffki Marianne
FW:	Gradl Peter	1. Märkl Josef
	Groß Johann	2. Eichinger Franz
		3. Steiner Michaela
Grüne:	Dr. Zauscher Roderich	1. Liebl Achim
		2. Kohn Ursula
ÖDP:	Kappes Elisabeth	1. Hofner Mechthild
		2. Böller Paul
FW Dachau:	Dr. Forster Edgar	1. Seidl Jürgen
		2. Gasteiger Robert

Abstimmungsergebnis:

anwesend: 55
 Ja-Stimmen: 55
 Nein-Stimmen: 0

Tagesordnungspunkt 3.4

Kulturausschuss

Beschluss:

Auf Vorschlag der Kreistagsfraktionen von CSU, SPD, FW, Bündnis 90/Die Grünen, ÖDP und FW Dachau werden folgende Mitglieder und Stellvertreter/innen des Kulturausschusses bestellt:

	Mitglieder	Stellvertreter/innen
CSU:	Lachner Johann	1. Böller Karl
	Kerle Anton	2. Riedlberger Josef
	Burgmaier Stephanie	3. Westermeier Emmi
	Riedlberger Maria	4. Schiller Florian
	Felbermeier Peter	5. Kornprobst Johann
		6. Brandmair Konrad
SPD:	Eichinger Heinz	1. Meikis Günter
	Tschirge Martina	2. Güll Anja
		3. Güll Martin
FW:	Märkl Josef	1. Steiner Michaela
	Osterauer Georg	2. Groß Johann
		3. Güntner Hubert
Grüne:	Kohn Ursula	1. Hoffmann Marese
		2. Liebl Achim
ÖDP:	Kappes Elisabeth	1. Böller Paul
		2. Hofner Mechthild
FW Dachau:	Gasteiger Robert	1. Dr. Forster Edgar
		2. Leiß Sebastian

Abstimmungsergebnis:

anwesend: 55
 Ja-Stimmen: 55
 Nein-Stimmen: 0

Tagesordnungspunkt 3.5

Rechnungsprüfungsausschuss

Beschluss:

Auf Vorschlag der Kreistagsfraktionen von CSU, SPD, FW, Bündnis 90/Die Grünen und AG FW Dachau / FDP werden folgende Mitglieder und Stellvertreter/innen des Rechnungsprüfungsausschusses bestellt:

	Mitglieder	Stellvertreter/innen
CSU:	Kaspar Josef	1. Kerle Anton
	Offenbeck Wolfgang	2. Rehm Eva
	Fuchs Günter	3. Kornprobst Johann
		4. Obesser Franz
SPD:	Böck Hubert	1. Güll Anja
		2. Dirlenbach Harald
FW:	Eichinger Franz	1. Purkhardt Martina
		2. Güntner Hubert
Grüne:	Liebl Achim	1. Gasteiger Ludwig
		2. Dr. Zauscher Roderich
AG FW Dachau / FDP:	Gasteiger Robert	1. Seidl Jürgen
		2. Dr. Forster Edgar

Abstimmungsergebnis:

anwesend: 55
 Ja-Stimmen: 55
 Nein-Stimmen: 0

Herr Weber weist weiter darauf hin, der Kreistag habe ein Mitglied des Rechnungsprüfungsausschusses zum / zur Vorsitzenden und ein Ausschussmitglied zum / zur stellvertretenden Vorsitzenden zu bestellen. Als Vorsitzender werde namens der CSU-Kreistagsfraktion Kreisrat Josef Kaspar und für die Position des Stellvertreters Kreisrat Hubert Böck seitens der SPD-Kreistagsfraktion vorgeschlagen.

Auf Nachfrage erklärt **Kreisrat Robert Gasteiger**, der Vorschlag der FW Dachau-Kreistagsfraktion, ihn als Stellvertreter zu benennen, sei nicht mehr aktuell.

Der **Vorsitzende** stellt daraufhin den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Kreistag bestellt Kreisrat Josef Kaspar zum Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses und Kreisrat Hubert Böck zum stellvertretenden Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses.

Abstimmungsergebnis:

anwesend: 55
 Ja-Stimmen: 55
 Nein-Stimmen: 0

Tagesordnungspunkt 3.6

Jugendhilfeausschuss

Beschluss:

Auf Vorschlag der Kreistagsfraktionen von CSU, SPD, FW, Bündnis 90/Die Grünen, ÖDP und AG FW Dachau / FDP werden folgende Mitglieder des Jugendhilfeausschusses bestellt:

	Mitglieder	Stellvertreter/innen
CSU:	Mederer Josef	1. Felbermeier Peter
	Seidenath Bernhard	2. Schiller Florian
	Böswirth Rosmarie	3. Rehm Eva
		4. Landmann Simon
SPD:	Neumeier Sylvia	1. Tschirge Martina
		2. Güll Anja
FW:	Güntner Hubert	1. Eichinger Franz
		2. Märkl Josef
Grüne:	Gasteiger Ludwig	1. Kohn Ursula
		2. Hoffmann Marese
ÖDP:	Böller Paul	1. Kappes Elisabeth
		2. Hofner Mechthild
AG FW Dachau / FDP	Leiß Sebastian	1. Gasteiger Robert
		2. Dr. Forster Edgar

Abstimmungsergebnis:

anwesend: 55
Ja-Stimmen: 55
Nein-Stimmen: 0

Herr Weber führt weiter aus, dem Jugendhilfeausschuss gehören zudem als beschließende Mitglieder 6 Frauen und Männer an, die auf Vorschlag der im Landkreis wirkenden Träger der freien Jugendhilfe vom Kreistag gewählt werden. Er informiert über die von den freien Trägern vorgeschlagene Personen.

Bezüglich der stimmberechtigten Mitglieder haben satzungsgemäß die im Bezirk des Jugendamtes wirkenden und anerkannten Träger der freien Jugendhilfe mehr als die insgesamt auf sie entfallenden Mitglieder vorgeschlagen. Zu den Vorschlägen der Jugendverbände wurde der Kreisjugendring gehört.

Der **Vorsitzende** stellt das Besetzungsverfahren wie nachstehend dar:

Zur Ermittlung der 6 Mitglieder hat der Kreistag eine Wahl durchzuführen. Gleiches gilt für die stellv. Mitglieder (eigener Wahlgang). Jedes Kreistagsmitglied hat 6 Stimmen, mindestens 3 Stimmen müssen abgegeben werden. Gewählt sind diejenigen mit den meisten Stimmen, jedoch mindestens mit der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen.

Die anerkannten Träger der freien Jugendhilfe sollen möglichst entsprechend dem Umfang und der Bedeutung ihres Wirkens im Landkreis berücksichtigt werden.

Es sind 9 Personen als Mitglieder vorgeschlagen. Zu wählen sind 6 Personen. Es wird vorgeschlagen, nicht als Mitglieder gewählte Personen in den Wahlgang für die stellvertretenden Mitglieder aufzunehmen.

Nach der Wahl dieser stellvertretenden Mitglieder muss der Kreistag des Weiteren über die Frage Beschluss fassen, wer wen im Verhinderungsfall vertritt (namentlich bestellte Vertretung). Hierbei sollte den Vorschlägen der Träger entsprochen werden.

Es wird ein Wahlausschuss gebildet, der sich wie folgt zusammensetzt:

Vorsitzender: Herr RR Alexander Krug, Abteilungsleiter 4
1. Beisitzer: Herr RR Thomas Hillmeier, Abteilungsleiter 2
2. Beisitzer: Herr OVR Konrad Butzenlechner, Sachgebietsleiter 10

Abstimmungsergebnis:

anwesend: 55
Ja-Stimmen: 55
Nein-Stimmen: 0

Nach Verteilen der Stimmzettel erfolgt der Wahlgang.

Nach Einsammeln aller Stimmzettel wird der Wahlgang geschlossen.

Der **Vorsitzende** regt an, während des Auszählungsvorgangs mit der Bestellung der beratenden Mitglieder des Jugendhilfeausschusses fortzufahren, womit Einverständnis besteht.

Herr Weber stellt daraufhin das Besetzungsverfahren für die beratenden Mitglieder mit der Besonderheit bei der Bestellung des Vorsitzenden des Kreisjugendrings vor und verliest die eingegangenen Vorschläge. Dem Jugendhilfeausschuss gehören 10 Personen als beratende Mitglieder an. Der Personenkreis der beratenden Mitglieder ist durch Art. 19 AGSG festgelegt. Die Mitgliedschaft ergibt sich kraft Amtes bzw. durch Benennung der Institutionen. Der Kreistag trifft hier einen formal feststellenden Beschluss über die Mitgliedschaft.

Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, stellt der **Vorsitzende** den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Kreistag benennt folgende Personen als beratende Mitglieder (Stellvertreter jeweils in Klammern) in den Jugendhilfeausschuss:

	Mitglieder	Stellvertreter/innen
Amt für Jugend und Familie	Wamprechtshammer Ulrich	Bönig Anton
Amtsgericht Dachau	Anderl Annemarie	Dorner Daniel
Bundesagentur für Arbeit, Agentur für Arbeit Freising	Hempe Dieter	Anders Joachim
Evangelische Kirche	Thiersch Katharina	Elter Norbert
Frauen- und Familienberatung, Gleichstellungsstelle	Schmidt-Podolsky Gertrud	Schober Marlies
Jugend- und Elternberatungsstelle der Caritas Dachau	Kuffer Silvia	Frölian Susanne
Katholische Kirche	Altmann Anna	Deiningner Susanne
Polizeiinspektion Dachau	Proksch Wilhelm	Schmid Reiner
Staatliches Schulamt	Stefanski Isolde	Sollfrank Petra

Des Weiteren ist der Vorsitzende des Kreisjugendrings beratendes Mitglied kraft Amtes, sofern der Vorsitzende des KJR nicht bereits stimmberechtigtes Mitglied ist. Vertreten wird er von Herrn Goertz Sascha, falls dieser nicht bereits als stimmberechtigtes Mitglied benannt wurde. Wenn Herr Goertz Sascha dem Jugendhilfeausschuss als stimmberechtigtes Mitglied angehört, wird Herr Bernard Peter die Stellvertretung übernehmen. Sollte der Vorsitzende des Kreisjugendrings, Herr Dr. Kaltner, als stimmberechtigtes Mitglied gewählt werden, hat der Jugendhilfeausschuss nur 9 beratende Mitglieder.

Abstimmungsergebnis:

anwesend: 55
 Ja-Stimmen: 55
 Nein-Stimmen: 0

Nachdem das Wahlergebnis noch nicht vorliegt, schlägt der **Vorsitzende** vor, mit der Bestellung der weiteren Gremien fortzufahren, womit Einverständnis besteht.

Tagesordnungspunkt 3.7

Zweckverband Kreis- und Stadtparkasse Dachau-Indersdorf

Beschluss:

Auf Vorschlag der Kreistagsfraktionen von CSU, SPD, FW, Bündnis 90/Die Grünen, ÖDP und AG FW Dachau / FDP werden als Mitglieder und Stellvertreter/innen des Zweckverbandes Kreis- und Stadtparkasse Dachau-Indersdorf bestellt:

	Mitglieder	Stellvertreter/innen
CSU:	Zech Helmut	Rehm Eva
	Offenbeck Wolfgang	Hainzinger Gerhard
	Mederer Josef	Kolbe Stefan
SPD:	Eichinger Heinz	Klaffki Marianne
FW:	Reindl Michael	Osterauer Georg
Grüne:	Dr. Zauscher Roderich	Liebl Achim
AG FW Dachau / FDP:	Leiß Sebastian	Seidl Jürgen

Abstimmungsergebnis:

anwesend: 55
 Ja-Stimmen: 55
 Nein-Stimmen: 0

Tagesordnungspunkt 3.8

Zweckverband Dachauer Galerien und Museen

Beschluss:

Auf Vorschlag der Kreistagsfraktionen werden folgende Mitglieder und Stellvertreter/innen für den Zweckverband Dachauer Galerien und Museen bestellt:

	Mitglieder	Stellvertreter/innen
CSU / FW Dachau	Schiller Florian	Rehm Eva
	Gasteiger Robert	Böller Karl
SPD (SV GRÜNE):	Tschirge Martina	Kohn Ursula
FW:	Baumgartner Josef	Steiner Michaela

Abstimmungsergebnis:

anwesend: 55
 Ja-Stimmen: 55
 Nein-Stimmen: 0

Tagesordnungspunkt 3.9

Aufsichtsrat Wohnungsbaugesellschaft Landkreis Dachau mbH

Beschluss:

Auf Vorschlag der Kreistagsfraktionen von CSU, SPD und FW werden für den Aufsichtsrat der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft folgende Mitglieder bestellt:

CSU:	Felbermeier Peter
SPD:	Dirlenbach Harald
FW:	Eichinger Franz

Abstimmungsergebnis:

anwesend: 55
 Ja-Stimmen: 55
 Nein-Stimmen: 0

Tagesordnungspunkt 3.10

Verwaltungsrat GfA

Beschluss:

Auf Vorschlag der Fraktionen der CSU, SPD und FW werden folgende Mitglieder und Stellvertreter für den Verwaltungsrat der GfA bestellt:

	Mitglieder	Stellvertreter/innen
CSU (FW):	Landmann Simon (CSU - Bergkirchen)	Gradl Peter (FW - Bergkirchen)
SPD (CSU):	Hartmann Florian (SPD - Dachau)	Schiller Florian (CSU - Dachau)
CSU (SPD):	Kolbe Stefan (CSU - Karlsfeld)	Meikis Günter (SPD - Karlsfeld)

Abstimmungsergebnis:

anwesend: 55
 Ja-Stimmen: 55
 Nein-Stimmen: 0

Tagesordnungspunkt 3.11

Mitgliederversammlung Erholungsflächenverein

Beschluss:

Das beratende Mitglied wird mit Wohnsitz in der Gemeinde Karlsfeld und das stellvertretende Mitglied mit Wohnsitz in der Gemeinde Bergkirchen vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

anwesend: 54
Ja-Stimmen: 47
Nein-Stimmen: 7
(bei kurzzeitiger Abwesenheit von einem Kreisrat)

Nach Feststellung der Annahme des Vorschlages stellt der **Vorsitzende** den weiteren Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Als weiteres beratendes Mitglied mit Wohnsitz in der Gemeinde Karlsfeld wird Kreisrat Günter MEIKIS (SPD) bestellt.

Abstimmungsergebnis:

anwesend: 54
Ja-Stimmen: 52
Nein-Stimmen: 2
(bei kurzzeitiger Abwesenheit von einem Kreisrat)

Auf Nachfrage des Vorsitzenden schlägt **Kreisrat Reindl** namens der FW Kreisrat Johann Groß als Stellvertreter vor und zieht gleichzeitig die Benennung von Kreisrat Josef Märkl als Stellvertreter zurück, worauf der **Vorsitzende** den Beschlussvorschlag zur Abstimmung stellt.

Beschluss:

Als weiteres stellvertretendes Mitglied mit Wohnsitz in der Gemeinde Bergkirchen wird Kreisrat Johann GROß (FW) bestellt.

Abstimmungsergebnis:

anwesend: 54
Ja-Stimmen: 54
Nein-Stimmen: 0
(bei kurzzeitiger Abwesenheit von einem Kreisrat)

Tagesordnungspunkt 3.6.1

Jugendhilfeausschuss - Teil 2

Der Vorsitzende des Wahlausschusses, Herr Krug, gibt das Ergebnis der Wahl der weiteren stimmberechtigten Mitglieder des Jugendhilfeausschusses bekannt.

Von 55 abgegebenen Stimmzetteln waren 55 gültig. Folgende Personen sind gewählt:

Herr Axel HANNEMANN, Caritasverband der Erzdiözese München und Freising e.V. – 46 Stimmen

Herr Arnold SCHWEITZER, Kinderschutz und Mutterschutz e.V., Paritätischer Wohlfahrtsverband Bezirksverband Oberbayern – 45 Stimmen

Frau Ursula WALDER, Brücke Dachau e.V. – 44 Stimmen

Herr Dr. Herbert KALTNER, Kreisjugendring Dachau – 42 Stimmen

Herr Oskar KRAHMER, Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Dachau e.V. – 41 Stimmen

Frau Rosemarie SCHÜSSLER, Kreisjugendring Dachau – 37 Stimmen

Nicht gewählt sind Frau Gabriele WINTER (Drobs eV. Dachau) mit 32 Stimmen, Frau Ulrike STEHLE (Diakonisches Werk Rosenheim e.V., Jugendhilfe Oberbayern) mit 13 Stimmen und Herr Sascha GOERTZ (Kreisjugendring Dachau) mit 11 Stimmen. Diese Namen werden dem nun zu fertigenden Stimmzettel für die Wahl der Stellvertreter und Stellvertreterinnen hinzugefügt.

Der **Vorsitzende** schlägt vor, bis zur Fertigung der neuen Stimmzettel mit der Bestellung der weiteren Gremien fortzufahren, womit Einverständnis besteht.

Tagesordnungspunkt 3.12

Gäste der Vollversammlung Kreisjugendring

Beschluss:

Auf Vorschlag der Kreistagsfraktionen werden folgende Mitglieder des Kreistages als Gäste der Vollversammlung Kreisjugendring bestellt:

	Mitglieder	Stellvertreter/innen
CSU:	Burgmaier Stephanie	Rehm Eva
SPD:	Güll Anja	Böller Paul

Abstimmungsergebnis:

anwesend:	55
Ja-Stimmen:	55
Nein-Stimmen:	0

Auf Vorschlag des **Vorsitzenden** stellen sich die **Kreisrätin Michaela Steiner** sowie **Kreisrat Sebastian Leiß** vor und begründen ihre Kandidatur als Mitglied.

Auf Rückfrage des **Vorsitzenden** zieht **Kreisrat Robert Gasteiger** seine Kandidatur zurück.

Der **Vorsitzende** schlägt vor, das Gremienmitglied mit den meisten Stimmen sollte Mitglied werden und von dem unterlegenen Gremienmitglied vertreten werden, womit Einverständnis besteht.

Beschluss:

Als weiterer Gast der Vollversammlung Kreisjugendring wird Kreisrätin Martina STEINER (FW) bestellt.

Abstimmungsergebnis:

anwesend:	55
Ja-Stimmen:	23
Nein-Stimmen:	32

Beschluss:

Als weiterer Gast der Vollversammlung Kreisjugendring wird Kreisrat Sebastian LEIß (FW Dachau) bestellt.

Abstimmungsergebnis:

anwesend:	55
Ja-Stimmen:	31
Nein-Stimmen:	24

Der **Vorsitzende** stellt zusammenfassend fest, somit werden folgende Mitglieder des Kreistages als Gäste der Vollversammlung Kreisjugendring bestellt:

	Mitglieder	Stellvertreter/innen
CSU:	Burgmaier Stephanie	Rehm Eva
SPD / ÖDP:	Güll Anja	Böller Paul
FW Dachau / FW:	Leiß Sebastian	Steiner Michaela

Tagesordnungspunkt 3.6.2

Jugendhilfeausschuss - Teil 3

Nach Vorliegen der um die im ersten Wahlgang nicht gewählten Personen ergänzten Stimmzettel verweist der **Vorsitzende** wiederum auf den Modus für die Wahl der Stellvertreter und Stellvertreterinnen und eröffnet den Wahlgang.

Es folgt nun der weitere Wahlgang.

Der Wahlgang wird aufgrund fehlerhafter Stimmzettel aufgehoben. Es werden neue Stimmzettel gefertigt.

Der **Vorsitzende** schlägt vor, in der Zwischenzeit mit der Bestellung der weiteren Gremien fortzufahren, womit Einverständnis besteht.

Tagesordnungspunkt 3.13

Zweckverband Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung

Beschluss:

Auf Vorschlag der Kreistagsfraktionen weitere folgende Mitglieder des Kreistages als Verbandsräte vorgeschlagen:

	Mitglieder	Stellvertreter/innen
CSU:	Mederer Josef	Fuchs Günter
SPD (FW):	Böck Hubert	Güntner Hubert

Abstimmungsergebnis:

anwesend:	55
Ja-Stimmen:	55
Nein-Stimmen:	0

Tagesordnungspunkt 3.14

Stiftungsbeirat Jugendgästehaus

Beschluss:

Als Beiratsmitglied für den Stiftungsbeirat Jugendgästehaus werden Kreisrätin Marese Hoffmann (GRÜNE) und als stellvertretendes Beiratsmitglied Kreisrätin Stephanie Burgmaier (CSU) bestellt.

Abstimmungsergebnis:

anwesend:	55
Ja-Stimmen:	55
Nein-Stimmen:	0

Tagesordnungspunkt 3.15

Fluglärmkommission

Beschluss:

Als Kommissionsmitglied für die Fluglärmkommission wird Kreisrätin Mechthild Hofner (Gemeinde Karlsfeld) bestellt.

Abstimmungsergebnis:

anwesend:	54
Ja-Stimmen:	18
Nein-Stimmen:	36

(bei kurzzeitiger Abwesenheit eines Kreisrates)

Beschluss:

Als Kommissionsmitglied für die Fluglärmkommission wird Kreisrat Peter Felbermeier (Gemeinde Haimhausen) bestellt.

Abstimmungsergebnis:

anwesend: 54
Ja-Stimmen: 36
Nein-Stimmen: 18
(bei kurzzeitiger Abwesenheit eines Kreisrates)

Der **Vorsitzende** fasst zusammen, somit werden als Kommissionsmitglied für die Fluglärmkommission Kreisrat Peter Felbermeier (Gemeinde Haimhausen) sowie als stellvertretendes Kommissionsmitglied Kreisrätin Mechthild Hofner (Gemeinde Karlsfeld) vorgeschlagen. Die endgültige Bestellung erfolge durch das Innenministerium.

Tagesordnungspunkt 4

Änderung und Neuerlass der Satzung zur Regelung der Entschädigung der Kreisrätinnen und Kreisräte sowie ehrenamtlich tätiger Kreisbürgerinnen und Kreisbürger (Entschädigungssatzung)

Beschluss:

§ 3 Abs. 1 soll wie nachstehend geändert werden:
Die Entschädigung beträgt 50,-- €; ab 01.01.2017 70,-- €.

Abstimmungsergebnis:

anwesend: 55
Ja-Stimmen: 17
Nein-Stimmen: 38

Der **Vorsitzende** stellt die Ablehnung des Änderungsantrags fest.

Anschließend stellt der **Vorsitzende** den gemeinsamen Antrag der Kreistagsfraktionen von CSU, SPD und FW Dachau vom 22.05.2014 zur Abstimmung.

Beschluss:

Zusätzlich zu den durch die Verwaltung bereits vorgeschlagenenen Änderungen wird beantragt, die Entschädigungssätze in § 1 Abs. 2, § 3 Abs. 1, § 3 Abs. 2 und § 4 entsprechend dem vorliegenden Antrag anzupassen.

Abstimmungsergebnis:

anwesend:	55
Ja-Stimmen:	37
Nein-Stimmen:	18

Daraufhin stellt der **Vorsitzende** den Beschlussvorschlag mit dem um den gemeinsamen Antrag modifizierten Satzungsentwurf zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die nachstehende Satzung zur Regelung der Entschädigung der Kreisrätinnen und Kreisräte sowie sonstiger ehrenamtlich tätiger Kreisbürgerinnen und Kreisbürger (Entschädigungssatzung).

Satzung zur Regelung der Entschädigung der Kreisrätinnen und Kreisräte sowie sonstiger ehrenamtlich tätiger Kreisbürgerinnen und Kreisbürger (Entschädigungssatzung)

Der Kreistag des Landkreises Dachau erlässt auf Grund von Art. 14 a der Landkreisordnung für den Freistaat Bayern (Landkreisordnung - LKrO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. August 1998 (GVBl. S 826; BayRS 2030-3-1-I), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Juli 2012 (GVBl S. 366) folgende Satzung:

§ 1

- (1) Die Kreisrätinnen und Kreisräte erhalten für die Teilnahme an Sitzungen des Kreistages, des Kreisausschusses und der weiteren Ausschüsse eine Entschädigung (Sitzungsentschädigung), wenn sie zur Sitzung geladen sind und an ihr teilgenommen haben.
- (2) Für die Teilnahme an jährlich höchstens 10 Sitzungen einer Fraktion oder Ausschussgemeinschaft, die der Vorbereitung von Kreistagsangelegenheiten dienen, erhalten Kreisrätinnen und Kreisräte auf Antrag eine Entschädigung gemäß § 3 Abs. 1, jedoch für maximal zwei vorbereitende Sitzungen je Kreistagssitzung. Gleiches gilt für Kreisrätinnen und Kreisräte zur Vorbereitung auf Kreistagssitzungen, wenn sie weder einer Fraktion noch einer Ausschussgemeinschaft angehören.

- (3) Als Fraktion gelten alle im Kreistag vertretenen Parteien und Wählergruppen, die so stark sind, dass sie mit mindestens einem Sitz im Kreisausschuss vertreten sind, oder, wenn sie mit keinem Sitz im Kreisausschuss vertreten sind, ebenso viele Mitglieder haben, wie die kleinste im Kreisausschuss vertretene Partei oder Wählergruppe.
Die Fraktionen und Wählergruppen benennen einen Vorsitzenden oder eine Vorsitzende bzw. einen Sprecher oder eine Sprecherin und mindestens eine Stellvertretung.

§ 2

- (1) Ehrenamtlich tätige Kreisbürgerinnen und Kreisbürger sowie zugezogene ehrenamtlich tätige Personen, die nicht dem Kreistag angehören, erhalten für die Teilnahme an Sitzungen des Kreistages, des Kreisausschusses und der weiteren Ausschüsse auf Antrag eine Entschädigung nach § 1 i.V.m. § 3, soweit die Tätigkeit nicht zu ihrem Aufgabenkreis im öffentlichen Dienst gehört oder damit in Zusammenhang steht.
- (2) Ehrenamtlich tätige Personen erhalten für eine Tätigkeit, die nicht unter Abs. 1 fällt, eine angemessene Entschädigung.

Diese beträgt derzeit für

- die Leiterin bzw. den Leiter der Medienzentrale für Schule und Bildung 490,-- € monatlich
- die Kreisarchivpflegerin bzw. den Kreisarchivpfleger 340,-- € monatlich
- die Behindertenbeauftragte bzw. der Behindertenbeauftragte 340,-- € monatlich
- die stellvertretende Behindertenbeauftragte oder den stellvertretenden Behindertenbeauftragten 210,-- € monatlich.

Mit einem einheitlichen Vomhundertsatz benannte Änderungen aller Grundgehälter der Besoldungsordnung A gelten mit dem gleichen Vomhundertsatz und ab dem gleichen Zeitpunkt unmittelbar für die festgesetzte Entschädigungen. Werden die Grundgehälter der Besoldungsordnung A mit unterschiedlichen Vomhundertsätzen geändert, gilt für die Anpassung der für Besoldungsgruppe A 13 maßgebliche Vomhundertsatz.

Reisekosten innerhalb des Landkreises sind damit abgegolten.

§ 3

- (1) Die Entschädigung beträgt 60,-- €; ab 01.01.2017 70,-- € je Sitzung (Sitzungsentschädigung). Auswärts wohnende bzw. von auswärts zu den Sitzungen anreisende Kreisrätinnen und Kreisräte erhalten eine Wegstreckenent-

schädigung nach Art. 6 Abs. 1 Nr. 1 des Bayer. Reisekostengesetzes.

Kreisrätinnen und Kreisräte, die auf Papiervorlagen verzichten, erhalten pro Sitzung pauschal 5,- € zum Ausgleich Ihrer damit verbundenen Auslagen.

(2) Selbständig Tätige erhalten auf Antrag neben der Sitzungsentschädigung für die durch die Teilnahme an Kreistags- oder Ausschusssitzungen entstehenden Zeitversäumnisse eine pauschale Verdienstausfallentschädigung. Die Verdienstausfallpauschale beträgt für jede Stunde Sitzungsdauer 30,- €.

Zur Sitzung zählt eine Stunde vor Beginn der Sitzung und eine Stunde nach Beendigung der Sitzung. Angebrochene Stunden werden als volle Stunden berechnet. Die Entschädigung wird für höchstens 10 Stunden je Tag gewährt. Die Eigenschaft als Selbständiger ist bei erstmaliger Antragstellung in geeigneter Form nachzuweisen, mindestens einmal je Wahlperiode.

(3) Arbeitnehmer erhalten auf Antrag neben der Sitzungsentschädigung Ersatz für durch die Teilnahme an Kreistags- und Ausschusssitzungen entgangenen Lohn bzw. entgangenes Gehalt in voller Höhe. Der entgangene Betrag ist durch eine Bescheinigung des Arbeitgebers nachzuweisen.

(4) Personen, mit Ausnahme der öffentlich Bediensteten, die keine Ersatzansprüche nach den Absätzen 2 oder 3 haben, denen aber im beruflichen oder häuslichen Bereich durch die Teilnahme an Kreistags- oder Ausschusssitzungen ein Nachteil entsteht, der in der Regel nur durch das Nachholen versäumter Arbeit oder das Heranziehen einer Hilfskraft ausgeglichen werden kann, erhalten auf Antrag eine Entschädigung in Höhe des Satzes nach Absatz 2.

(5) Für auswärtige Dienstgeschäfte werden auf Antrag ferner Reisekosten und Tagegelder nach den Sätzen des Bayer. Reisekostengesetzes (BayRKG) in der jeweils gültigen Fassung gewährt.

§ 4

Zur pauschalen Abgeltung der Aufwendungen erhält der oder die Vorsitzende einer Fraktion bzw. der Sprecher oder die Sprecherin einer Ausschussgemeinschaft monatlich 110,- €. Die Fraktionen bzw. Ausschussgemeinschaften erhalten pro Mitglied und Monat für Personal- und Sachaufwand 12,- €.

Maßgeblich ist die Mitgliederstärke zum Ersten jeden Monats. Nicht einer Fraktion oder Ausschussgemeinschaft angehörende Kreistagsmitglieder erhalten 12,- € pro Monat. Die Auszahlung erfolgt jeweils am Ende eines Kalendervierteljahres.

§ 5

Fraktionen und Fraktionsmitglieder, die zugleich Mitglied in einer Ausschussgemeinschaft sind, erhalten Leistungen nach § 3 und § 4 nur einmal. Die Zahlung erfolgt an die Ausschussgemeinschaft bzw. die Mitglieder der Ausschussgemeinschaft.

§ 6

Die aus der Mitte des Kreistages bestellten weiteren Stellvertreter bzw. Stellvertreterinnen des Landrats erhalten als Aufwandsentschädigung eine monatliche Grundpauschale in Höhe von 100,-- €.

Zusätzlich wird die zeitliche Inanspruchnahme für die Vertretung entschädigt:

- bei drei Stunden oder weniger mit 1/90
- bei mehr als drei Stunden bis sechs Stunden mit 1/60
- bei mehr als sechs Stunden mit 1/30

des aktuellen monatlichen Grundgehaltes der Besoldungsgruppe B 6.

Reisekosten innerhalb des Landkreises sind damit abgegolten.

§ 7

- (1) Die ehrenamtlichen Mitglieder der Seniorenvertretung für den Landkreis Dachau erhalten für die Teilnahme an Sitzungen der Seniorenvertretung eine Entschädigung in Höhe von 30,-- € je Sitzung, mit der auch Fahrtkosten und Verdienstaufschlag abgegolten sind. Die §§ 2 und 3 sind auf Sitzungen der Seniorenvertretung nicht anzuwenden.
- (2) Der/die Vorsitzende des Seniorenbeirats erhält zur pauschalen Abgeltung seiner/ihrer Aufwendungen eine zusätzliche monatliche Entschädigung in Höhe von 50,-- €.

§ 8

Diese Satzung tritt am 01.05.2014 in Kraft. Mit Ablauf des 30.04.2014 tritt die Satzung zur Regelung der Entschädigung der Kreisrätinnen und Kreisräte sowie sonstiger ehrenamtlich tätiger Kreisbürgerinnen und Kreisbürger (Entschädigungssatzung) vom 28.09.2001 (Amtsblatt Nr. 27/2001), zuletzt geändert durch Satzung vom 20.12.2004 (Amtsblatt Nr. 30/2004) außer Kraft.

Dachau, 23.05.2014

Stefan Löwl
Landrat

Abstimmungsergebnis:

anwesend:	55
Ja-Stimmen:	37
Nein-Stimmen:	18

Tagesordnungspunkt 3.6.3

Jugendhilfeausschuss - Teil 4

Nach Vorliegen der abermals um die im ersten Wahlgang nicht gewählten Personen ergänzten Stimmzettel verweist der **Vorsitzende** auf den Wahlmodus und eröffnet den Wahlgang.

Es folgt nun nochmals der weitere Wahlgang.

Der **Vorsitzende** schlägt vor, bis zum Vorliegen des Wahlergebnisses mit der Tagesordnung fortzufahren, bittet die Presse für die Dauer des nicht öffentlichen Teils den Sitzungssaal zu verlassen, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 10:33 Uhr und leitet in den nicht öffentlichen Teil über.

Der **Vorsitzende** stellt um 10.39 Uhr wiederum die Öffentlichkeit her und unterbricht die Sitzung bis zur Bekanntgabe des Wahlergebnisses.

Der **Vorsitzende** tritt wieder in die Sitzung ein.

Tagesordnungspunkt 3.6.4

Jugendhilfeausschuss - Teil 5

Nach erfolgter Wahl der Stellvertreter/Innen gibt der Vorsitzende des Wahlausschusses, **Herr Krug**, das Wahlergebnis bekannt.

(Ein Kreisrat verlässt die Sitzung.)

Von 54 abgegebenen Stimmzetteln waren 53 gültig und 1 ungültig. Folgende Stellvertreter sind gewählt:

Herr Heinz BIELMEIER, Brücke Dachau e.V. – 44 Stimmen
Herr Eckart WOLFRUM, Caritasverband der Erzdiözese München und Freising e.V. – 35 Stimmen
Frau Gabriele WINTER, Drobs Dachau e.V. – 33 Stimmen
Frau Maria BRAUN, Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Dachau e.V. – 32 Stimmen
Herr Sascha GOERTZ, Kreisjugendring Dachau – 32 Stimmen

(Ein Kreisrat verlässt die Sitzung.)

Mit Stimmgleichheit sind Frau Michaela NEUHÄUSLER und Frau Ulrike

STEHLE mit jeweils 32 Stimmen gewählt worden, weshalb zwischen den beiden Bewerberinnen eine Stichwahl erforderlich wird. Hierzu werden Stimmzettel gefertigt.

(Eine Kreisrätin und ein Kreisrat verlassen die Sitzung.)

Der **Vorsitzende** schlägt vor, in der Zwischenzeit die Stellvertretung zuzuordnen.

(Ein Kreisrat verlässt die Sitzung.)

Herr Weber, Abteilungsleiter 1, schlägt für die stimmberechtigten Mitglieder folgende namentliche Vertretungen vor:

(Ein Kreisrat verlässt die Sitzung.)

Mitglied	Stellvertreter/in
Oskar KRAHMER Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Dachau e.V.	Maria BRAUN Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Dachau e.V.
Ursula WALDER Brücke Dachau e.V.	Heinz BIELMEIER Brücke Dachau e.V.
Axel HANNEMANN Caritasverband der Erzdiözese München und Freising e.V.	Eckart WOLFRUM Caritasverband der Erzdiözese München und Freising e.V.
Dr. Herbert KALTNER Kreisjugendring Dachau	Sascha GOERTZ Kreisjugendring Dachau
Arnold SCHWEITZER Kinderschutz und Mutterschutz e.V., Paritätischer Wohlfahrtsverband Bezirksverband Oberbayern	Gabriele WINTER Drobs Dachau e.V.
Rosemarie SCHÜSSLER Kreisjugendring Dachau	

Die Stellvertretung für Frau Rosemarie Schüssler ergibt sich aus dem Ergebnis der Stichwahl.

(Zwei Kreisräte verlassen die Sitzung.)

Nach Verteilen der Stimmzettel eröffnet der **Vorsitzende** erneut den Wahlgang für die Stichwahl.

Ein weiterer Wahlgang folgt (bei Abwesenheit von einem Kreisrat).

Von 46 abgegebenen Stimmzetteln waren 46 gültig. Auf Frau Ulrike STEHLE entfielen 28 Stimmen und auf Frau Michaela NEUHÄUSLER 18 Stimmen. Somit ist Frau Ulrike Stehle als Stellvertreterin für Frau Rosemarie Schüssler gewählt.

(Zwei Kreisräte verlassen die Sitzung.)

Der **Vorsitzende** stellt die weiteren beschließenden Mitglieder und Stellvertreter/Innen des Jugendhilfeausschuss zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt folgende namentlich zugeordnete Vertretungen für die weiteren beschließenden Mitglieder und Stellvertreter/Innen im Jugendhilfeausschuss:

Mitglied	Stellvertreter/in
Oskar KRAHMER Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Dachau e.V.	Maria BRAUN Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Dachau e.V.
Ursula WALDER Brücke Dachau e.V.	Heinz BIELMEIER Brücke Dachau e.V.
Axel HANNEMANN Caritasverband der Erzdiözese München und Freising e.V.	Eckart WOLFRUM Caritasverband der Erzdiözese München und Freising e.V.
Dr. Herbert KALTNER Kreisjugendring Dachau	Sascha GOERTZ Kreisjugendring Dachau
Arnold SCHWEITZER Kinderschutz und Mutterschutz e.V., Paritätischer Wohlfahrtsverband Bezirksverband Oberbayern	Gabriele WINTER Drobs Dachau e.V.
Rosemarie SCHÜSSLER Kreisjugendring Dachau	Ulrike STEHLE Diakonisches Werk Rosenheim e.V.

Abstimmungsergebnis:

anwesend: 46
Ja-Stimmen: 46
Nein-Stimmen: 0

Frau Hartl, Leiterin des Sitzungsdienstes, informiert über das Ratsinformationssystem (RIS) und den entsprechenden Zugang.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, diesbezügliche Fragen ausschließlich an den Sitzungsdienst zu stellen.

Der **Vorsitzende** bedankt sich für die Teilnahme und schließt um 11:09 Uhr die Sitzung.

Vorsitzender
Stefan Löwl
Landrat

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Stefan Löwl', written in a cursive style.

Schriftführerin
Andrea Hartl
Verwaltungsfachangestellte

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Andrea Hartl', written in a cursive style.